

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER



Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en

Für einen Heldenplatz „neu“ ohne NS-Symbolik und Zweckentfremdung

Der Wiener Heldenplatz hat in der Welt keinen guten Ruf, ist er doch bekannt durch die Freudenorgien der Wienerinnen und Wiener, die zum Teil organisiert, aber zum größeren Teil in Geiselhaft der Nazi-Propaganda und der wirtschaftlichen Situation Österreichs im Austrofaschismus in den Märztagen des Jahres 1938 Hitler zujubelten.

Aber der Heldenplatz war auch vorher nie ein Ort des friedlichen Österreich, sondern auch Ausdruck einer imperialen Vergangenheit eines nicht immer friedlichen Vielvölkerstaates. Das austrofaschistische Regime 1934–1938 wollte diesen Rückblick auf eine unselige Zeit wieder kultivieren. Zu guter Letzt haben Burschenschafter des WKR zu den jüngsten Auseinandersetzungen um den Platz beigetragen.

Minister Darabos, der in seiner bisherigen Amtsführung gezeigt hat, dass er bereit ist, alle Reste des Nationalsozialismus, so wie es auch im Staatsvertrag verlangt wurde, auszumerzen, hat bei Kasernen-Benennungen, bei Gedenktafelsetzungen den Widerstand gegen den Nationalsozialismus stets hervorgehoben. Die letzte Herausforderung war, den Gerüchten nachzugehen, dass sich unter dem Marmorsoldaten in der Krypta eine geheime nazistische Botschaft befindet. Es gehörte großer Mut dazu, eine Kommission zu bilden, die den Gerüchten in aller Öffentlichkeit nachgeht

und – was sehr ungewöhnlich ist – das Denkmal öffnet, damit man nachsehen kann, ob die Gerüchte stimmen. Und siehe da, die Gerüchte haben sich bewahrheitet und das im doppelten Sinn. Eine Rolle,

Unter der Skulptur des „gefallenen Kriegers“ des Bildhauers Wilhelm Frass in der Krypta am Heldenplatz – dort wo die Staatsspitze mehrmals im Jahr der Gefallenen der beiden Weltkriege gedenkt – wur-

Inhalt. Auszug: „Möge der Herrgott, nach all dem Furchtbaren, nach aller Demütigung, den unsagbar traurigen Bruderzwist beenden und unser herrliches Volk einig, im Zeichen des Sonnenrades, dem Höchsten zuführen!“ Der Begriff Sonnenrad steht für das Hakenkreuz. Er plädiert in diesem Satz auch für den Anschluss an Nazi-Deutschland. Das zweite Schriftstück des Mitarbeiters Alfons Riedel konterkariert das Manifest von Frass. Riedels Schreiben ist eine Friedensbotschaft. Für die Untersuchung der Skulptur des gefallenen Kriegers wurde eigens eine Kommission gebildet. Diese besteht aus: Burghauptmannschaft, Bundesdenkmalamt und Vertretern des Verteidigungsministeriums. Die Dokumentation erfolgte im Wege eines Notars. Die sachkundigen Arbeiten wurden durch einen Restaurator durchgeführt.



Minister Darabos streicht symbolisch den SS-Kriegsverbrecher Josef Vallaster aus einem der aufliegenden Totenbücher

die der Bildhauer Frass eingeschmuggelt hat, hatte deutschen nationalen Inhalt, eine zweite, die sein Helfer Riedel einbrachte, enthält pazifistische Forderungen. Wir bringen nunmehr die uns vom Bundesministerium für Verteidigung zur Verfügung gestellten Informa-

tion: Unter der Skulptur des „gefallenen Kriegers“ des Bildhauers Wilhelm Frass in der Krypta am Heldenplatz – dort wo die Staatsspitze mehrmals im Jahr der Gefallenen der beiden Weltkriege gedenkt – wur-

Bisherige Vorgehensweise:
a. Jahrzehntelanges Gerücht über verstecktes Nazi-Schriftstück in Krypta. 1933/34 wurde von R. Wondracek das Äußere Burgtor zu einem Heldendenkmal umgebaut, das bewusst den öffentlichen nicht verbauten Raum einbezog. Eine Krypta wurde den gefallenen Soldaten des 1. Weltkrieges gewidmet, in der sich ein vom Bildhauer Wilhelm Frass im April 1935 gestaltetes Epitaph, das einen toten Soldaten wiedergibt, ein Altar und die Totenbücher befinden. Wilhelm Frass behauptete in einem Brief 1938, dass er unter

dem Epitaph ein Schriftstück mit nationalsozialistischem Inhalt deponiert hätte. In einem Brief vom 20. Dezember 1938 an den Kunsthistoriker Karl Hareiter teilte er Folgendes mit: „In einem unbeobachteten Augenblick konnte ich in eine bereits vorbereitete Mulde im Sockel eine Metallhülse legen, die alsbald, noch bis heute und vielleicht für immer von der schweren Figur verdeckt wurde. Bei allen möglichen Anlässen standen die damaligen hohen Würdenträger der Systemzeit vor der Figur und hatten keine Ahnung (was für mich einigermaßen belustigend war!), dass unter der Figur eine ‚hochverräterische‘ Inschrift liegt, denn damals war sie es. Den ganzen Wortlaut des Textes weiß ich heute nicht mehr, doch der Sinn ist der: Dass ich diese Figur des toten Kriegers zum Gedenken an meine gefallenen Kameraden gemacht habe und dass mit dem Tage, an dem wir Österreicher im Zeichen des Hakenkreuzes (Sonnenrades) mit allen Deutschen ein Volk bilden, die Gefallenen nicht umsonst ihr Leben gelassen haben. Und mit dem Tag – dem 15. März

1938 – an dem der Führer das erste Mal den Kranz vor diese Figur im Heldendenkmal legte, hatte sich mein Wunsch erfüllt. Du kannst dir denken, dass das damals, nebst allem anderem, ein besonders großer Tag für mich war.“

b. Auftrag zur Untersuchung – Gerücht über verstecktes Nazi-Schriftstück soll endgültig aufgeklärt werden. Anfang Mai hat Verteidigungsminister Norbert Darabos auf Empfehlung der Militärhistorischen Denkmalkommission (MHDK) dem Generalstab den Auftrag gegeben, den „toten Krieger“ in Abstimmung mit Burghauptmannschaft und Bundesdenkmalamt zu öffnen. Bisher wurde der „tote Krieger“ nicht gehoben bzw. geöffnet. Es wurde eigens für die Untersuchung der Skulptur des gefallenen Kriegers eine Kommission gebildet. Diese besteht aus: Burghauptmannschaft, Bundesdenkmalamt und Vertretern des Verteidigungsministeriums mit Protokollierung durch einen Notar. Das Verteidigungsministerium erteilt Ende Juni den Auftrag zur Untersuchung an einen Restaurator. Am Mittwoch, dem 18. Juli, wurde der

„tote Krieger“ unter Aufsicht der Kommission gehoben und untersucht.

c. Umgestaltung der Krypta allgemein

Es wird die formale und inhaltliche Gestaltung von Krypta und Weiheraum am Heldenplatz überarbeitet.

Bisherige Schritte:

- Verteidigungsminister Darabos strich symbolisch den SS-Kriegsverbrecher Josef Vallaster aus einem der in der Krypta aufliegenden Totenbücher
- Die Totenbücher werden dem Kriegsarchiv, das Teil des Staatsarchivs ist, zur wissenschaftlichen Prüfung übergeben
- Ein Großteil der in der Krypta angebrachten Kränze wurde entfernt, die aufgestellten Vitrinen abgebaut, deren Inhalt vorerst zwischengelagert
- Entfernt werden das elektronische Gedenkbuch von Gendarmerie und Polizei, alle Kränze und Kranzschleifen, sowie der türkische Erinnerungskranz „Schlacht von Gallipoli 1916–1966“, alle Kranzschleifen und Auszeich-

nungen des St. Georgsordens, alle Kränze und Schleifen des Weiheraums, Gedenktafeln von Vereinen und die Abbildung des Staatsvertrages

NEUGESTALTUNG – die weiteren Schritte:

Folgen wird eine grundsätzliche Umgestaltung des Gedenkens in Krypta und Weiheraum. Hierzu wurde im Auftrag des Ministers eine Arbeitsgruppe unter Leitung der Militärhistorischen Denkmalkommission eingerichtet, die in Zusammenarbeit mit Bundesdenkmalamt und Burghauptmannschaft ein Konzept erarbeitet.

Wir können Norbert Darabos zu seinem Mut nur gratulieren, teilen seine Auffassungen und auch die Meinung des Bundespräsidenten Heinz Fischer, der gemeint hat, dass der gesamte Heldenplatz mit seinen Erinnerungsstätten es wert wäre, der Prüfung einer wissenschaftlichen Kommission zugeführt zu werden, die die Voraussetzungen schafft, damit der Heldenplatz im Sinne eines demokratischen, friedlichen und antifaschistischen Österreich gestaltet werden kann. ■

Gedenktafel für Prof. Herbert Exenberger enthüllt



Am 12. April 2012 wurde im Hartmannspital in Wien eine Gedenktafel für den verstorbenen Herbert Exenberger enthüllt

Im Hartmannspital, das von den „Franziskanerinnen von der christlichen Liebe“ geführt wird, befindet sich die Dauerausstellung „Restituta-Dokumentation – Glaube gegen NS-Gewalt“. Diese von Herbert Exenberger maßgeblich mitgestaltete Dokumentation zeigt das Leben und Wirken von Schwester Maria Restituta (1. Mai 1894 – 30. März 1943), die von Papst Johannes Paul II. 1998 seliggesprochen wurde. Herbert Exenberger war Bibliothekar des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und gehörte als Gründungsmitglied

von Anfang an zum Vorstand des „Restituta-Forums“. Generaloberin Schwester Mag. Hilda Daurer begrüßte die versammelten Gäste, unter denen sich auch die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände, Dr. Gerhard Kastelic, Ing. Ernst Nedwed und Albert Dlabaja, befanden. Auch Bezirksvorsteher a. D. Karl Lacina, viele Freundinnen und Freunde sowie die Witwe Sigrid Exenberger-Berthaler nahmen an der Ehrung teil. Dr. Heinz Arnberger hielt die Ansprache und Pfarrer Mag. Martin Leitner segnete die Gedenktafel. ■



Im Bild: Projektleiterin Victoria Weber (l.) und die junge Expertin Sarah Ertl

Freiheitskämpfer Tirol: Projekt „PoBi“ gewinnt Landespreis!

Unser Landesvorstandsmitglied GR Victoria Weber hatte im letzten Jahr eine tolle Idee. Nachdem sie aus eigener Erfahrung wusste, dass die politische Bildung in den Schulen zu kurz kommt, entwickelte sie mit Unterstützung und Förderung der FreiheitskämpferInnen ein Konzept zur lebendigeren Gestaltung dieses Unterrichtsprinzips. Aufgrund dieses Konzepts touren nun externe und junge ExpertInnen durch Tiroler Schulen und gestalten praxisnahe Musterstunden in Demokratie und Politik mit dem Ziel, junge Menschen für eine Teilnahme am politischen Leben zu begeistern. Als Projektleiterin ist Victoria Weber immer bei allen Terminen mit dabei. Das Projekt „Politische Bildung für junge Menschen“, kurz „PoBi“ genannt, war im letzten Jahr in 16 Schulen und hat über 1.000 junge Menschen

erreicht. Es wurden Gemeinderats-, Landtags- und Nationalratssitzungen simuliert mit allen möglichen Abläufen, außerdem diskutierten prominente Vertreter der politischen Parteien bestimmte Themen. Dabei ging es oft lebhaft zu. Das Land Tirol hat im Frühjahr unter dem Titel „Ideenkanal“ Ideen und Beiträge mit gesellschaftlichem oder auch ökologischem Mehrwert gesucht und dies im Rahmen eines Wettbewerbs ausgeschrieben. Unser Projekt „PoBi“ kam dabei unter die letzten 20 BewerberInnen! Am Freitag, 6. Juli, präsentierten sich die letzten 20 Ideen vor einem interessierten Fachpublikum, wobei die 22-köpfige Fachjury das Projekt „PoBi“ an die dritte Stelle reihte. Ein toller Erfolg für ein so junges, ambitioniertes Projekt! Neben einem Geldpreis wird nun das Projekt „PoBi“ auch mit fachkundiger Begleitung unterstützt. ■

Die Geschichte des Grauen Hauses – und der österreichischen Strafgerichtsbarkeit

Eine verdienstvolle Ausstellung über die Geschichte des „Grauen Hauses“ wurde unter der Federführung des Präsidenten des Landesgerichtes für Strafsachen Wien, Mag. Friedrich Forsthuber, im Straflandesgericht für Wien eingerichtet. Sie läuft von Juni bis 10. November und gliedert sich in folgende Bereiche: 1) Geschichte des Grauen Hauses, 2) Spektakuläre Fälle, 3) Laiengerichtsbarkeit, 4) Todesstrafe, Folter/Leibesstrafen, 5) NS-Unrechtsjustiz, 6) Strafjustiz stellt sich vor. Was uns vor allem interessiert, ist ein Kapitel über die Mörder von Schattendorf, die in einem Prozess freigesprochen wurden, der letzten Endes große politische Auseinandersetzung und den Justizpalastbrand auslöste. Der Freisprechungsprozess wurde nun nachgestellt, darüber ein Kurzbericht von Gerald Netzl:

Am 85. Jahrestag der Urteilsverkündung, am 14. 7. 2012, wurde im Großen Schwurgerichtssaal des Landesgerichtes Wien der Schattendorfprozess nachgestellt. Die neun Verhandlungstage wurden gerafft, aus geplanten zwei Stunden wurden drei. Nicht nur deshalb waren es für das interessierte Publikum – unter den gut 150 Personen war auch Staatssekretär Josef Ostermayer – drei sehr dichte, intensive und für manche emotionale Stunden. Kein Zufall, dass nach der Urteilsverkündung der Ruf „Arbeitermörder“ aus dem Publikum erklang! Die Rollen wurden von „echten“ Richtern, Staatsanwälten, Verteidigern und Gutachtern übernommen. Das gelungene Projekt war eine Initiative von Präsident Friedrich Forsthuber, der in die Rolle des 1. Angeklagten, Josef Tschermann, schlüpfte. Gratulation und

Respekt zur gelungenen Zeitreise! Etwas, was uns besonders interessiert, ist die NS-Strafjustiz, darüber bringen wir in der nächsten Nummer einen Artikel, entnommen der Ausstellungsbrochüre, der uns freundlicherweise von Mag. Dr. Ursula Schwarz zur Verfügung gestellt wurde.

Alles in allem eine wichtige Aufbereitung der Geschichte, zu der wir den Organisatoren im Justiz-

ministerium nur gratulieren können. Ein weiterer Veranstaltungspunkt ist die Nachstellung des Prozesses gegen Friedrich Adler am 10. November 2012, 16 Uhr im Großen Schwurgerichtssaal. Achtung: Zutritt zu allen Veranstaltungen nur nach Anmeldung über E-Mail: ausstellung.lgstrafsachenwien@justiz.gv.at. Ohne Voranmeldung ist keine Teilnahme möglich. ■





„Man muss schießen ...“



Picturedesk

Am 15. Juli 1927 – vor 85 Jahren – lagen Tote auf den Straßen Wiens. Insgesamt 89 Menschen fielen dem Massaker vor dem Justizpalast zum Opfer.

Seit Oktober 1920 wurde die junge österreichische Republik von bürgerlichen Parteien, mit den Christlichsozialen an der Spitze, regiert. Ihr Ziel war, die sozialen Errungenschaften, die die Sozialdemokraten nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie durchgesetzt hatten – den „revolutionären Schutt“ – wegzuräumen. Das gegenseitige Misstrauen der beiden „Lager“ hatte zunehmend Gewalt in der politischen Auseinandersetzung zur Folge. Die Antwort auf die Bildung paramilitärischer Heimatschutz- und Frontkämpferverbände war 1923 die Gründung des Republikanischen Schutzbunds durch die Sozialdemokraten. Am 30. Jänner 1927 kam es im kleinen burgenländischen Ort Schattendorf zu einer Gewalttat, die Österreich erschütterte und unabsehbare Folgen zeitigen sollte. In einem Gasthaus verbarrikadierte „Frontkämpfer“ schossen in einen Aufmarsch von

Schutzbündlern, die die Ankunft von Gegendemonstranten verhindert hatten. Die Kugeln trafen einen Kriegsinvaliden und einen achtjährigen Buben tödlich.

Anfang Juli 1927 standen die Todesschützen vor einem Geschworenengericht in Wien. Sie waren – bezeichnend, wie „unparteiisch“ die Justiz war – nicht wegen eines Tötungsdelikts, sondern nur wegen öffentlicher Gewalttätigkeit angeklagt. Der Staatsanwalt sprach von Notwehr und schob in seinem Plädoyer den Schutzbündlern die „moralische Schuld“ an den Morden zu. Am 14. Juli spätabends sprachen die Geschworenen im Verhältnis 8:3 die drei Angeklagten frei.

Die Nachricht verbreitete sich rasch und löste insbesondere in den Arbeiterbezirken große Empörung aus. Die Nachtschichtarbeiter der Wiener E-Werke fassten einen Streikbeschluss und schickten eine Delegation ins Parteihaus an der Rechten Wienzeile. Sie trafen dort nur den Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Friedrich Austerlitz, an. Er hatte eben einen leidenschaftlichen Leitartikel für das Zentralorgan geschrieben, in dem er die

Geschworenen „eidbrüchige Gesellen“ nannte, für die das Schießen auf Menschen ein „Frontkämpfern erlaubtes Jagdvergnügen“ sei. Ein solcher Freispruch sei ja schon jener Bürgerkrieg, vor dem die bürgerliche Welt immer warne. Austerlitz informierte den Schutzbund-Verantwortlichen Julius Deutsch vom Vorhaben der E-Werk-Arbeiter. Dieser konnte sie davon nicht abbringen. Bürgermeister Karl Seitz erreichte nur die Zusage, die Stromabschaltung auf die Straßenbahnen zu beschränken. Deutsch zögerte zunächst, den Ordnerdienst des Schutzbundes für die der Innenstadt zustrebenden Demonstrantenmassen einzusetzen. Hingegen stand bereits eine Polizeikette vor dem Parlament, als die ersten Züge eintrafen. Als sie sich gegen die Wachleute wenden, reagiert der Stadtkommandant unüberlegt und befiehlt eine Säbelattacke der im Hintergrund wartenden Berittenen. Die erregte Menge wird auf den Schmerlingplatz vor dem Justizpalast abgedrängt. Von einer Baustelle bewaffnen sich junge Demonstranten mit Latten und Steinen, ein Schuss aus einer

Polizeipistole verletzt einen von ihnen, das Gerücht von seinem Tod erregt die Menschen maßlos, ihre volle Wut richtet sich gegen die Polizei. Ein Wachzimmer wird gestürmt, Uniformstücke an Laternen aufgehängt, was in der aufgeheizten Atmosphäre Lynchmorde vermuten lässt. Die nahe gelegenen Redaktionen der christlichsozialen „Reichspost“ und der deutschnationalen „Wiener Neuesten Nachrichten“ werden verwüstet. Die Ereignisse vor dem Justizpalast eskalieren. Vergeblich bemühen sich einzelne sozialdemokratische Funktionäre, die Gemüter zu beschwichtigen. Junge Burschen, vielleicht Kommunisten, dringen in den Justizpalast ein, werfen Aktenbündel auf den Platz, dann beginnen drinnen Papier und Möbel zu brennen, aus dem Gebäude schlagen Flammen. Die viel zu spät eintreffenden Schutzbund-Ordner sind machtlos, selbst Bürgermeister Seitz, der einem Feuerwehrauto den Weg zum brennenden Gebäude bahnen will, kommt nicht durch. Nun ordnet Bundeskanzler Ignaz Seipel hartes Durchgreifen an. Innenminister Karl Hartleb



Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en gedenkt der Tragödie von Schattendorf und der Opfer des Justizpalastbrandes. „In Folge des Freispruchs jener Mitglieder einer rechten Frontkämpfervereinigung, die im burgenländischen Schattendorf ein achtjähriges Kind und einen Kriegsinvaliden erschossen haben, kam es zu Protesten in der Wiener Innenstadt. Der Wiener Bürgermeister Karl Seitz und der von der Partei einberufene Schutzbund versuchten die Lage zu beruhigen, doch durch den Einsatz der Polizei eskalierten die Proteste, der Justizpalast ging in Flammen auf. Bürgermeister Seitz wollte der Feuerwehr einen Weg bahnen, um das Schlimmste zu verhindern. Der Schießbefehl des damaligen Polizeipräsidenten Schober kostete 89 Menschen das Leben, 600 Menschen wurden schwer und tausende Menschen leicht verletzt. Die schrecklichen Ereignisse mündeten schließlich im Jahr 1934 in der brutalen und endgültigen Machtergreifung des Austrofaschismus. Der 15. Juli 1927 war somit der Anfang vom Ende der Demokratie“, erinnert der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen, Ernst Nedwed, an diesen „Tag, an dem die Erste Republik unterging“.

(Eine Aussendung der Sozialdemokratischen Korrespondenz)

(vom Landbund) und Polizeipräsident Johann Schober werden mit der „Wiederherstellung der Ordnung“ beauftragt. Die Polizei bekommt Schießbefehl. Die anrückenden Reihen der Wachleute halten die Karabiner nicht nur schussbereit – sie schießen in die Menge. In wildem Entsetzen fliehen die Menschen. Tote und Verletzte bleiben auf dem Platz liegen. Die Verfolgung von Demonstranten geht bis in die Außenbezirke. „Manchmal hat's schon aus'g'schaut wie eine Hasenjagd“, wird der Innenminister nachher zugeben. Die Opferzahlen sprechen für sich: 85 tote Zivilisten auf der einen, 4 Polizisten auf der anderen Seite und insgesamt mehr als tausend Verletzte. Das Nachspiel im Parlament: Seipel lehnt eine Amnestierung von „Aufführern“ ab. „Verlangen Sie nichts vom Parlament und von der Regierung, das den Opfern und den Schuldigen an den Unglückstagen gegenüber mild erscheint, aber grausam wäre gegenüber der verwundeten Republik.“ Für den „Prälaten ohne Milde“ ist das Massaker vom 15. Juli 1927 eine willkommene Gelegenheit, sich

den Bürgern als Beschützer vor der „Revolution“ darzustellen und die Sozialdemokraten, die aus den Wahlen zuvor als stärkste Partei hervorgegangen waren, in die Schranken zu weisen. Als Ignaz Seipel 1932 auf dem Totenbett lag, waren (wie sein Privatsekretär August Maria Knoll bezeugte) seine letzten Worte: „Man muss schießen, schießen, schießen!“. Worte, die wie ein Schlussstein zu der düsteren Größe des Priesterkanzlers stehen, dessen Unversöhnlichkeit die Kluft zwischen den „Lagern“ unüberbrückbar machte. „Es fiel ein Reif in der Mitternacht“ überschrieb Jacques Hannak seine Geschichte über die Sozialdemokratie und ihre Leistungen, und er wies darauf hin, dass sich mit der Zustimmung zur Partei die arbeitenden Menschen den Weg in eine hellere Zukunft erwarteten. Die tragischen Ereignisse des 15. Juli 1927 bewiesen, dass eine solche Wende, eine demokratische Republik, geführt von den Sozialdemokraten, von der Reaktion nicht hingenommen werden durfte.

Manfred Scheuch ■

Barbara Prammer erhielt Otto-Bauer-Plakette

Der Präsidentin des Österreichischen Nationalrates, Barbara Prammer, wurde im Rahmen einer Tagung des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en die Otto-Bauer-Plakette verliehen. Ernst Nedwed erinnerte daran, dass die Ravensbrück-Überlebende, Gründerin und langjährige Vorsitzende des Bundes, Rosa Jochmann, diese Auszeichnung einst geschaffen hatte, um Menschen für ihren besonderen Einsatz im Kampf gegen Faschismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus zu würdigen. Insofern, so Nedwed weiter, war die Verleihung dieser Ehre auszeichnung an Barbara Prammer längst überfällig. Prammer bedankte sich herzlich für die Würdigung und ging in ihrer Rede auf aktuelle Themen ein, die für konsequente und geschichtsbewusste antifaschistische Politik von Bedeutung sind. So zeigte sie sich erfreut über die Ende letzten Jahres erreichte Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus. „Auch wenn das Wort Austrofaschismus im Sinne einer Einigung mit der ÖVP nicht vorkommen durfte“ und mit der Formulierung

„Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“ umschrieben wurde, „ist das ein Verhandlungserfolg, der nicht unterschätzt werden sollte“. Präsidentin Prammer bedankte sich besonders für die große Unterstützung der Freiheitskämpfer/innen in dieser Frage. Sehr kritisch äußerte sich die Präsidentin des Nationalrats zu ihrem zweiten Stellvertreter Martin Graf. Grundsätzlich befürwortet sie die Möglichkeit der Abwahl von Nationalratspräsidenten, wenn diese so gestaltet werde, dass sie nicht als politisches Druckmittel, sondern nur in Ausnahmefällen eingesetzt werde. Am Ende ihrer Ausführungen ging Barbara Prammer auf die aktuelle Diskussion zu Fragen der direkten Demokratie ein und erklärte, dass sie nach anfänglicher Skepsis heute durchaus Möglichkeiten sehe, das Instrumentarium direkter Demokratie zu erweitern, ohne dadurch politischem Populismus Tür und Tor zu öffnen. Zu dieser Frage ergab sich eine lebhaft geführte Diskussion, in der auch vor grundsätzlichen Änderungen der Verfassung im Sinne eines rigorosen Abbaus einer verantwortungsvollen parlamentarischen Demokratie gewarnt wurde. ■



Barbara Prammer mit den Präsidiumsmitgliedern Herta Slabina, Hannes Schwantner und Ernst Nedwed



„Verdrängte Jahre – Bahn und Nationalsozialismus in Österreich“

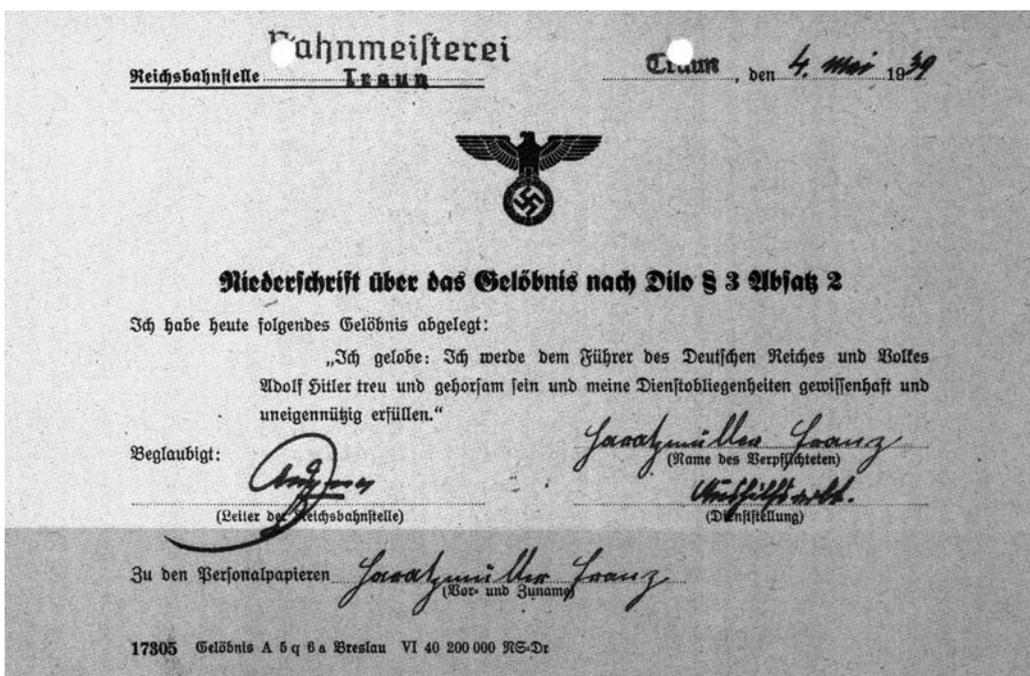
Bundesministerin Doris Bures und ÖBB-Vorstandsvorsitzender Christian Kern eröffneten eine interessante Ausstellung über „Verdrängte Jahre – Bahn und Nationalsozialismus in Österreich 1938–1945“. Die Eröffnung fand am 11. Juni 2012 im Foyer der ÖBB-Infrastruktur am Praterstern 3 im Beisein von Vertretern der Eisenbahnergewerkschaft, der Opferverbände und vieler junger Menschen, die aus dieser Zeit ihre Lehren ziehen können, statt. Die Österreichischen Eisenbahnen, die in der Zeit von März 1938 bis zum April 1945 ein Teil der Deutschen Reichsbahn waren, haben in der Kriegs- und Deportationspolitik der Nationalsozialisten eine wichtige und zum Teil verbrecherische Rolle gespielt. Diese Zeit aufzuarbeiten war eine wichtige Aufgabe von Historikern, Zeitzeugen und jungen Mitarbeitern. Damit ist auch eine Dokumentation von

großem Informationswert entstanden, die für die politische Bildung zur Verfügung steht. Die Sozialdemokratischen Freieitskämpfer/innen haben bereits mehrere Führungen in diese Ausstellung organisiert und Gespräche mit jungen Menschen geführt, die an der Meinung der Zeitzeugen sehr interessiert waren. Weitere Führungen werden noch bis Ende September stattfinden, kündigte Bundesvorsitzender Ernst Nedwed an, der selbst auch als HTL-Ferialpraktikant im Jahr 1944 die mörderische Methode der Nazis, Zwangsarbeiter in den Betriebswerkstätten einzusetzen, kennengelernt hat. Darüber erschien bereits ein Artikel im Kämpfer 10-11-12/2000, Seite 12. Dipl.-Ing. Alfred Kohlbacher, Mitglied des Bundespräsidiums, schrieb in seinem Bericht über die Ausstellung folgende Zeilen: „2012 feiern die Österreichischen Bundesbahnen ihr

175-jähriges Jubiläum. Die Bahn hat wie keine andere Technologie dazu beigetragen, der kapitalistischen Marktwirtschaft in Österreich zum Durchbruch zu verhelfen. Mit der Eisenbahn konnten Menschen und Güter in bisher kürzester Zeit über weite Strecken transportiert werden. Die Eisenbahn war zugleich auch eine der unerlässlichen Voraussetzungen für die Materialschlachten des „modernen“ Krieges. Die Nazis wussten dies zu nutzen. Ohne Bahn als Massentransportmittel für Truppen, Waffen, Munition und sonstiges Material wäre die Logistik ihres Angriffskrieges, der ganz Europa überzog, nicht möglich gewesen. Ohne die Bahn wäre auch der systematische Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden, den Roma und Sinti, die Deportation der Sloweninnen und Slowenen, von hunderttausenden Zwangsarbeitern und von politisch Andersden-

kenden nicht machbar gewesen. Die ÖBB haben aus Anlass ihres Jubiläums diesem dunkelsten Kapitel ihrer Geschichte die Ausstellung ‚Verdrängte Jahre‘ gewidmet. Sofort nach dem ‚Anschluss‘ Österreichs an Nazideutschland wurden die Österreichischen Bundesbahnen in die Deutsche Reichsbahn integriert. Das Bahnpersonal wurde zu Treue und Gehorsam gegenüber Hitler vereidigt und streng überwacht. Kurz darauf ging vom Westbahnhof der erste Bahntransport mit Nazi-Gegnern aus österreichischen Widerstandskämpfern und exponierten jüdischen Personen ins Konzentrationslager Dachau. Weitere Transporte folgten. Später wurde fast die gesamte jüdische Bevölkerung Österreichs per Bahn in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager verbracht. 65.500 wurden ermordet. Die Bahn transportierte 8.000 österreichische Roma und Sinti zur Vergasung nach Auschwitz und Litzmannstadt. Trotz scharfer Überwachung waren die Eisenbahner maßgeblich am Widerstand gegen die Nazi-Diktatur beteiligt. Österreichische Eisenbahner, u. a. Sozialisten und Kommunisten, organisierten im Untergrund Widerstandsaktionen, sabotierten Wehrmachtstransporte und Transporte in die Vernichtungslager, leisteten damit einen heroischen Beitrag zur militärischen Niederlage des Naziregimes und behinderten die Tötungsmaschinerie der Vernichtungslager. 154 Eisenbahner wurden wegen Sabotage und sonstigen Formen des Widerstands hingerichtet, 135 starben in Konzentrationslagern, 1.438 wurden zu KZ- oder Zuchthausstrafen verurteilt.“

Die Ausstellung ist bis zum 30. September 2012 täglich von 8 bis 17 Uhr geöffnet. ■



Die Eisenbahner mussten laut damaligem Gesetz Hitler persönliche Treue schwören



Salzburg Stolpersteine

Am 23. März 2012 wurde einer der ersten Stolpersteine für homosexuelle NS-Opfer österreichweit in der Vogelweiderstraße 93 im Beisein von LH-Stellvertreter David Brenner, dem Landesvorsitzenden der Salzburger FreiheitskämpferInnen, verlegt. Der Stolperstein, für den die SoHo Salzburg (Sozialdemokratie und Homosexualität) und die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen die Patenschaft übernehmen, erinnert an das Schicksal von August Strasser. Der 1895 geborene Hilfsarbeiter stammte aus einer Eisenbahnerfamilie und wurde am 7. Februar 1945 in Mauthausen ermordet. „Es geht darum, immer wieder klare und bewusste Zeichen zu setzen – gegen

eine rücksichtslose und menschenverachtende Ideologie, gegen Rassenwahn, Terror und Massenmord. Es ist wichtig, aller Opfer der NS-Diktatur zu gedenken. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass es noch vielerlei Anstrengung bedarf, um die Schicksale der unzähligen Ermordeten aufarbeiten zu können“, betont LH-Stellv. David Brenner, Vorsitzender der FreiheitskämpferInnen Salzburg (im Bild links). „Wir werden auch in der Zukunft weiter für die Chancengleichheit aller Menschen, unabhängig von deren sexueller Orientierung, in unserem Bundesland kämpfen“, so der Vorsitzende der SoHo Salzburg, Georg Djundja (im Bild rechts), abschließend. ■

Wir gratulieren: Februar bis Juni 2012

102. Geburtstag: Paula Billes, Eisenstadt. **99. Geburtstag:** Marko Feingold, Salzburg; Hedwig Sauer, Wien. **98. Geburtstag:** Wilhelmine Polka, Wien. **97. Geburtstag:** Anna Hradil, Wien. **96. Geburtstag:** Hilda Kala, Mödling. **94. Geburtstag:** Anna Bassani, Bad Aussee; Ida Holicsek, Eisenstadt; René Spacek, Wien. **93. Geburtstag:** Rosi Hirschegger, Innsbruck; Hedwig Dörner, Fritz Probst, Wien; Lona Probst, Wiener Neustadt. **92. Geburtstag:** Alfred Kohlbacher, Bruck/Mur. **91. Geburtstag:** Kurt Stättner, Hinterbrühl; Georg Kriz, Krems/Donau; Alois Kraushofer, Mödling; Hella Fixel, Josef Staribacher, Wien. **90. Geburtstag:** Johann Malle, Ferlach; Valerie Molitschnig, Magdalensberg; Margarethe Gruber, Erna Putz, Ernst Röschl, Salzburg; Konrad Köck, St. Pölten; Helene Gratzl, Sollenau; Ludwig Rechtberger, Steinbrunn; Johann Hörbart, Waldhausen; Hildegard Mayer, Wels; Eduard Bruckner, Siegfried Gruber, Herta Kleedorfer, Karoline Malecky, Helene Neuhaus, Rudolf Neumann, Johann Ploderer, Maria Schweidler, Wien; Ilse Nossian, Zwettl. **85. Geburtstag:** Alois Buchner, Braunau/Inn; Wilhelm Brunner, Feldkirchen; Johanna Meisinger, Linz; Herbert Moritz, Salzburg; Hilda Daxböck, St. Pölten; Otto Bauer, Erika Capra, Wilhelm Katziny, Paul Klein, Hellmuth Leinmüller, Gertraud Marchfeld, Margareta Patzelt, Walter Sedlak, Otto Weisz, Kurt Zelinsky, Wien. **80. Geburtstag:** Benedikt Fischer, Attnang-Puchheim; Hans Sedlmayer, Hagenbrunn; Johann Blahusch, Heidenreichstein; Heinrich Schwarz, Steyr; Walter Maurer, Steyregg; Maria Orzel, Rudolf Schmid, Gerti Worel, Wien; Friedrich Hanler, Wiener Neudorf; Erika Hahnler, Wiener Neustadt; Franz Lukaschitz, Zwölfaxing. **75. Geburtstag:** Gertraud Redl, Gmünd; Josef Bauer, Herzogenburg; Leopold Fröhlich, Korneuburg; Alois Luger, Ernst Reif, Linz; Josef Wolf, Neusiedl/Zaya; Hermann Reichl, Steyr; Alfred Patzelt, Traiskirchen; Julius Aufrichtig, Gladys Herniguez, Eveline Kögl, Franz Pascher, Gertrude Perl, Hans Schiel, Josef Sebek, Erich Sehner, Rudolf Tesar, Richard Zangerle, Wien.

Jonny Mosers „Nisko – die ersten Judendeportationen“

Dieses Buch war von Jonny Moser schon ziemlich weit gediehen, als er im Juli 2011 plötzlich verstorben ist. Mithilfe von Freunden, insbesondere von Prof. Wolfgang Neugebauer, konnte der Steinbauer Verlag das Buch fertigstellen und im Frühjahr 2012 präsentieren.

Die Präsentation war etwas beeinträchtigt durch einen Zwist des DÖW und der Israelitischen Kultusgemeinde einerseits und den Söhnen und Erben von Jonny Moser andererseits, denen vorgeworfen wird, einige Originaldokumente nicht zurückgestellt zu haben. Für uns ist jedoch wichtig, dass dieses Buch erschienen ist und einer größeren Zahl von Interessenten zur Verfügung stehen wird. Jonny Moser, der auch langjähriges Mitglied im Wiener Bildungsausschuss der Wiener SPÖ und Mitglied des Bundespräsidiums der Freiheitskämpfer/innen gewesen ist, hat seine Forschungsarbeiten immer neben seinem Beruf als Trafikant und auch als promovierter Akademiker vorgenommen. So gehören dazu die Arbeiten über die „Demografie der jüdischen Bevölkerung in Wien“ und viele Forschungsarbeiten über die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung im Burgenland. Besondere Aufmerksamkeit hat er mit seinem Buch „Wallenbergs Laufbursche. Jugenderinnerungen 1938–1945“ gefunden.

Wir haben uns deshalb verpflichtet gefühlt, über Einladung des Steinbauer Verlages eine Präsen-

tation in der Urania zu unterstützen, die auch zahlreich besucht war. Unter den Gästen waren die Vertreter der Opferverbände, der Leiter des Zukunftsfonds, Prof. Herwig Hösele, Generalsekretär Präsident des Bundesrates a. D., und von der Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz Mag. Dr. Claudia Kuretsidis-Haider sowie Prof. Hans Hautmann. Zum Inhalt des

Ausgangspunkt für dieses von der SS geplante „Judenreservat“ werden. Erste Züge mit deportierten Männern aus Wien, Mährisch-Ost- und Kattowitz erreichten auf Befehl von Adolf Eichmann den Ort, auch wenn das Vorhaben inzwischen abgeblasen worden war. So rasch wollte die SS auf das Sammeln von Erfahrungen bei Massendeportationen nicht verzichten. Da jedoch keinerlei

den Männern keine andere Möglichkeit, als sich mit gegenseitiger Hilfe in provisorischen Lagern zusammenzutun. Nach bangem Warten und zähem Verhandeln der jüdischen Kultusgemeinden im Frühjahr 1940 wurden sie wieder nach Wien zurückgeschickt – und später ins KZ verschleppt. Nur wenige Deportierte überlebten dieses Unterfangen.

Jonny Moser, der Pionier der österreichischen Holocaustforschung, hat über Jahrzehnte zur Aktion Nisko recherchiert und wertvolle Dokumente gesammelt. Sein Buch bringt eine umfassende Darstellung zu den ersten Judendeportationen und schließt eine der letzten Lücken in der Holocaustforschung. Zu seinen ergiebigsten Quellen zählen die täglich geführten Aufzeichnungen des deportierten Ernst Kohn, der als Leiter einer Spitalsstation gewissenhaft alles notierte, was für die Organisation seines Lagers von Bedeutung war. Mithilfe seiner Schilderungen eröffnet sich dem Leser der mühsame Alltag der deportierten Männer. Die vor Ort in raschen Strichen zu Papier gebrachten Zeichnungen des ebenfalls deportierten Künstlers Leo Haas vermitteln einen weiten Blick in die Szenerie der zum Scheitern verurteilten Aktion. ■



An der Buchpräsentation des Steinbauer Verlages nahmen zahlreiche Freundinnen und Freunde von Jonny Moser teil

Buches sprachen Verlagsleiter Heribert Steinbauer, der Sohn von Jonny, Joseph W. Moser, Ernst Nedwed und Manfred Scheuch: Vor der „Endlösung der Judenfrage“ durch die Nazis setzte parallel zum Druck auf Auswanderung auch eine kurzfristige Aktion im Oktober 1939 ein, bei der man eine Ansiedlung der Juden in das eroberte polnische Gebiet in Angriff nahm. Nisko, ein kleiner Ort im besetzten Polen, sollte zum

Voraussetzungen für ein selbstverwaltetes jüdisches Gebiet geschaffen worden waren, ließ man kurzerhand ausgewählte Männer das Barackenlager Zarzecze aufbauen. Der Rest wurde gleich nach der Ankunft in die umliegenden Wälder verjagt, flüchtete unter schwierigsten Bedingungen auf sowjetisches Gebiet und landete später meist im sibirischen Arbeitslager. Als die Sowjets ihre Grenzen bald dichtmachten, blieb

Jonny Moser: Nisko. Die ersten Judendeportationen. Hrsg. von Joseph W. Moser / James R. Moser. Hardcover, 208 Seiten, 15 Abbildungen, ISBN: 978-3-902494-52-8, Preis: € 22,50/ SFR 39,-



GEBURTSTAGSFEIERN BEI DER BUNDESTAGUNG

Im Rahmen der Bundesvorstandssitzung am 29. Mai im Renner-Institut gratulierte Barbara Prammer nach ihrem Referat den Genossinnen und Genossen, die einen „runden“ Geburtstag feierten.

So feierte Waltraude Licen den 60., Peter Lhotzky den 65., Theo Maier den 70., und Julius Aufrichtig und Hans Schiel begingen den 75. Geburtstag. Das Bundespräsidium gratulierte ebenfalls den langjährigen Vorstandsmitgliedern.



Bei der Gedenktafel: die Witwe sowie die Schwester von Hubert Pfoch mit Prokop, Häupl, Ludwig und Oxonitsch

Gemeindebau in Ottakring nach Hubert Pfoch benannt

Eine würdige Ehrung erhielt der langjährige Ottakringer Mandatar, Gemeinderat, Stadtrat, Vizebürgermeister und Erster Landtagspräsident sowie Präsident des DÖW durch die Stadt Wien. Am 15. Juni kamen Ottakringer Freunde, Mandatäre und ehemalige sozialdemokratische VertreterInnen aus ganz Wien im Gemeindebau Thaliastraße 164–168 zusammen, um bei der Ehrung dabei zu sein. Besonders stark waren ehemalige Jugendfunktionäre vertreten, die so wie unser Bundesvorsitzender Ernst Nedwed in der Sozialistischen Jugend mit Hubert Pfoch zusammengearbeitet haben. Hubschi Pfoch war Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und war auch Zeuge

einer Judenverfolgungsaktion während des Krieges, die er in einem Prozess gegen NS-Schergen bekundete. Von Anfang an war Hubert Pfoch gemeinsam mit Peter Strasser am Aufbau der Sozialistischen Jugend beteiligt und prägte im Geiste des Internationalismus und im Kampf gegen den Faschismus die Sozialistische Jugend. In den Reden erinnerten Bürgermeister Häupl, Wohnungstadtrat Michael Ludwig und sein Nachfolger im Bezirk, Christian Oxonitsch, an die vielfältigen Leistungen, die Hubert Pfoch im Interesse der Wiener Bürgerinnen und Bürger erbracht hat. Hubert Pfoch war Mitglied der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen und wir freuen uns besonders, dass er in diesen Tagen geehrt wurde. ■

Biografie Barbara Prammer

Wer das Ziel nicht kennt, wird den Weg nicht finden“ lautet der programmatische Titel der lesenswerten Autobiografie unserer 1. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Die Autorin zeichnet ein Bild ihrer Kindheit und Jugend in einer Bergarbeiterfamilie in Otnang im Hausruckviertel, geprägt vom Gegensatz der sozialistischen Arbeiterschaft zur konservativen Bauernschaft, ihres jungen Erwachsenenalters inkl. Politikeinstieg, von Studium und junger Mutterschaft in Linz bis zu ihrem aktuellen politischen Wirken vor allem von Wien aus. Das Buch der prononcierten sozialdemokratischen Frauenpolitikerin ist für Frauen und Männer gleichermaßen interessant, weil kurzweilig geschrieben und politisch informativ. Barbara Prammer vermeidet Eigenlob ebenso, wie das eigene Licht unter den Scheffel zu stellen. Insgesamt ist es eine sympathische Zeitreise durch bald vierzig Jahre oberösterreichischer und österreichischer Geschichte. Gerade für uns Freiheitskämp-

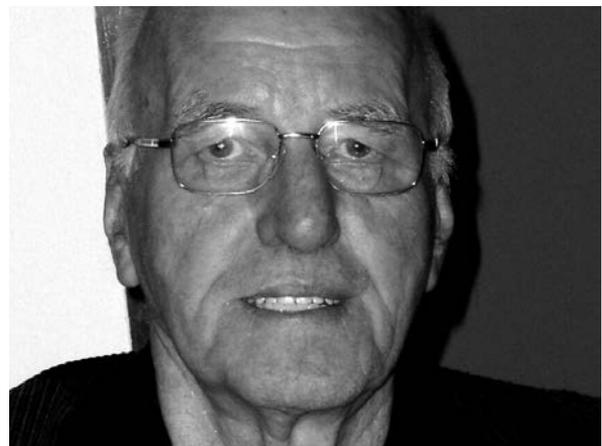
fer/innen ist es eine Genugtuung, dass Barbara Prammer unter der Überschrift „Rechtsextremismus ist keine politische Meinung“ unserem Hauptthema zehn Seiten widmet. Dass wir in ihr eine wichtige Mitstreiterin in unserem Kampf hatten und weiter haben werden, steht fest.

Gerald Netzl ■



Barbara Prammer:
Wer das Ziel nicht kennt, wird den Weg nicht finden. Neue Antworten auf alte Fragen.
ISBN 978-3-222-1332-9
Styria Premium, 2011, 240 Seiten,
gebunden, € 24,99

WILLI WAGNER 1932–2012



Unser Wiener und Bundespräsidiumsmitglied Willi Wagner ist am 21. April im 80. Lebensjahr unerwartet verstorben. Willi Wagner, der Fachinspektor bei der Post war, ist in der Zeit von Bruno Kreisky zur Partei gestoßen und hat sich sehr bald politisch engagiert. Er war in den 80er Jahren Sektionsleiter in Ottakring, später Teilnehmer der Wiener Parteischule und Aktivist in der Wiener Bildungsarbeit. So gründete er die „Arbeitsgruppe gegen Rechts“ und kam dadurch mit dem Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen in Verbindung. In seinem Bezirk Ottakring übernahm er den Vorsitz der Bezirksgruppe. Bald wurde er in den Wiener und später in den Bundesvorstand gewählt, wo er viele wichtige Aufgaben übernommen hat. Anfang April 2012 schrieb er uns noch von seinem Reha-Aufenthalt in der Steiermark eine Karte, in der er die Hoffnung zum Ausdruck brachte, am 1. Mai wieder bei uns auf dem Rathausplatz zu sein. Die Hoffnung wurde leider nicht erfüllt. Wir können nur mehr Abschied nehmen und versprechen, ihn nicht zu vergessen.



Hannes Schwantner im Gespräch über den Jugendwiderstand mit Zeitzeugen Käthe Sasso, Ernst Nedwed

Hermann-Langbein-Symposium April 2012

Das Hermann-Langbein-Symposium wurde 1996 zum Andenken an den Widerstandskämpfer und KZ-Häftling (Dachau, Neuengamme, Auschwitz) Prof. Hermann Langbein von Prof. Johannes Schwantner ins Leben gerufen. Hermann Langbein veranstaltete seit vielen Jahren Seminare für LehrerInnen, unter anderem das seit 1984 jährlich stattfindende LehrerInnenseminar „Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus“. Dieses Seminar und dessen Aufbau dienten als Vorbild und Grundstein für das Hermann-Langbein-Symposium. Aufgabe des Symposiums ist es, über die Verbrechen der Nazis aufzuklären und umfassendes Wissen und Informationen für die antifaschistische Aufklärungsarbeit für LehrerInnen aller Schultypen anzubieten. Das diesjährige Seminar fand in der Arbeiterkammer in Linz von 16. bis 20. 4. 2012 statt. Im Rahmen des Symposiums 2012 fand am ersten Tag ein Festakt zum 100-jährigen Jubiläum des Geburtstags von Hermann Langbein statt, seine Person und sein Schaffen wurden dabei geehrt. AK-Präsident

Dr. Johann Kalliauer erinnerte bei der Eröffnung im Sinne des Festaktes „Man muss darüber reden“ daran, dass wir die Verbrechen des Faschismus niemals vergessen dürfen und dass die Arbeiterkammer ihre antifaschistische Arbeit engagiert fortsetzen wird. Hermann Langbeins Sohn Kurt beschrieb das Wirken seines Vaters, und Bundesministe-

rer Heinisch-Hosek wies in ihrer Festrede „Was hat Hermann Langbein der Jugend von heute zu sagen“ darauf hin, dass wir alle eine Mitverantwortung beim Kampf gegen Rassismus und Faschismus tragen. Der Leiter des Langbein-Symposiums, Prof. Johannes Schwantner, moderierte die Zeitzeugengespräche mit Katharina Sasso und Ernst Ned-

wed. Die beiden schilderten ihre Erfahrungen als Jugendliche in der NS-Zeit. Abg. z. NR a. D. Ing. Ernst Nedwed berichtete über den Jugendwiderstand gegen die Nazis in den großen Städten, z. B. auch darüber, dass die Jugendlichen von damals allein für das Hören von amerikanischer Musik inhaftiert wurden. Als Beispiel nannte er den bekannten Radiomoderator Günther Schifter (1923–2008). 1943 wurde Schifter verhaftet, da er Jazz- und Swing-Musik hörte, und kam in das Arbeitserziehungslager Oberlanzendorf, wo er sich nur durch Glück von einem Marsch nach Mauthausen – im letzten Monat vor der Befreiung des Lagers – entfernen konnte. Viele der ca. 150 anwesenden SchülerInnen nutzten die Gelegenheit, um zahlreiche Fragen zu stellen. Prof. Dr. Anton Pelinka behandelte in seinem Referat den Begriff Nationalsozialismus und verschiedene Thesen über die Besonderheiten einer Diktatur. Außerdem stellte er dazu verschiedene Relativierungsthesen auf und führte diverse Argumentationen an. Am Abend präsentierten die Autorin Dr. Brigitte Halbmayr und



Jugendliche mit ihren Dekreten zum Zeitgeschichte-Projekt mit AK-Präsident Kalliauer und BM Heinisch-Hosek



Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka die an diesem Tag erschienene erste politische Biografie über Hermann Langbein: „Zeitlebens konsequent. Hermann Langbein – eine politische Biografie“. Am Dienstag, dem 17. 4. 2012, referierten Krystyna Oleksy, ehemalige Vizedirektorin der Gedenkstätte Auschwitz, und Halina Jastrzebska über das KZ Auschwitz. Dabei legte Frau Oleksy ihren Schwerpunkt auf den Aufbau und die Struktur des Lagers Auschwitz und Frau Jastrzebska versuchte dies durch Schicksale von KZ-Insassen von Auschwitz anhand diverser Dokumente und Belege aus den Archiven zu illustrieren. Nachmittags referierte die langjährige Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau, Dr. Barbara Distel, über Hermann Langbein und das KZ Dachau. Dabei lag ihr Hauptaugenmerk auf dem Aufbau und der Struktur des Lagers. Am Mittwoch erläuterte Mag. Andreas Baumgartner vom Mauthausen-Komitee das System der NS-Lager. Dabei lag sein heutiger Schwerpunkt in Aufbau und Organisation des NS-Regimes von Konzentrationslagern. Er referierte über deren Entstehung, den Beginn der Ghettobildungen und die damit zusammenhängende Planung und Organisation. Die Organisation des Lagers Mauthausen war ebenso Bestandteil seines Vortrags wie die Schilderung der vielfältigen ethnischen Gruppen. Die TeilnehmerInnen unternahmen am Nachmittag eine Exkursion zur Gedenkstätte KZ Mauthausen. Dort wurden sie von Dr. Helmut Fiederer durch das Lager begleitet. Am Donnerstag referierten Nicole Sevik, Gitti Martl vom Verein Ketani und Prof. Rudolf Sarközi, Kulturverein Österreichischer Roma, über: das Thema Verfolgung von ethnisch-nationalen Minderheiten in Österreich in der Zeit des Nationalsozialismus; das Schicksal der österreichischen Roma und Sinti in der Vergangenheit und Gegenwart; Wurzeln in Deutschland und Österreich – ihr Fortwirken und ihre Entwicklung. Dabei wurden auch die Probleme der Staatenlosigkeit

und fehlender Unterlagen nach der Befreiung aufgezeigt. Durch die Schilderungen entstand ein Bild über das Leben als Nachkomme von inhaftierten Roma und Sinti. Anschließend referierte Dr. Ute Hoffmann, Leiterin der Gedenkstätte Bernburg, über die „Euthanasie“ im NS-Staat, Aktion T4 und 14f13. Dabei beschrieb sie die Einteilung der staatlichen und ethnischen Gruppen und erläuterte das Euthanasieprogramm anhand von Fallbeispielen und Erklärungen. Dabei zeigte sie diverse Dokumente von hingerichteten Kindern und Erwachsenen, die der Euthanasie zum Opfer gefallen waren. Außerdem erklärte sie in diesem Zusammenhang die Arbeiten der Gedenkstätten, da bis heute Nachforschungen von Familien angestellt werden, was tatsächlich mit ihren Angehörigen geschehen ist. Die TeilnehmerInnen hatten am Nachmittag die Gelegenheit, eine Führung durch die Gedenkstätte Hartheim zu machen, die von Mag. Leitner betreut wurde. Am Freitag erläuterte Mag. Stefan Roth vom DÖW die aktuellen Projekte des Dokumentationsarchivs. Außerdem beschrieb er die Abteilungen des Dokumentationsarchivs und deren Publikationen. Neben Angeboten für Schulen, der Sammlung von Unterlagen von Privatpersonen und den Jahrespublikationen zeigte er den TeilnehmerInnen auch das weitere Angebot auf der Homepage des DÖW. Für die Arbeit der LehrerInnen brachte er noch aktuelle Fallbeispiele aus der rechten Szene und wie diese im DÖW bearbeitet werden. Ergänzend zu den Veranstaltungen in Linz gab es auch in Wien eine Tagung der Universität Wien, Institut für Zeitgeschichte, Fritz Bauer Institut – Geschichte und Wirkung des Holocaust und der ÖH. Die Tagung fand am 12. Mai im Albert Schweitzer Haus, Großer Saal, Schwarzspanierstraße, statt. Insgesamt standen 13 Referate auf der Tagesordnung, darunter Referate von Barbara Distel, Brigitte Halbmayr, Anton Pelinka, Hannes Schwantner und Kurt Langbein.

Andreas Schwantner ■

„ZEITLEBENS KONSEQUENT“

Die im Rahmen des Symposiums vorgestellte Biografie über Hermann Langbein, verfasst von Brigitte Halbmayr, ist eine der interessantesten politischen Biografien der letzten Zeit. Der Politologe Univ.-Prof. Anton Pelinka sagt dazu: „Hermann Langbein war eine moralisch-politische Autorität in Österreich, ja in Europa. Schon lange wartete man auf eine Darstellung von Langbeins aufregendem Leben. Brigitte Halbmayrs Buch erfüllt diese Aufgabe.“ Eine Rezension der Biografie aus unseren Reihen, in denen das Buch bereits ein besonders großes Echo fand, wird in der nächsten Nummer des „Kämpfers“ erscheinen.

E. N.



Zahlreich erschienene Jugendliche nahmen am Hermann-Langbein-Symposium teil und zeigten reges Interesse

HERMANN LANGBEIN (1912–1995)

Der Widerstandskämpfer und KZ-Überlebende Hermann Langbein ist der ganzen Welt als Zeitzeuge, Chronist und Erforscher der Mordfabrik Auschwitz bekannt. Er verfasste zahlreiche Publikationen über die Verbrechen und Schicksale in den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern, u. a. das Standardwerk „Menschen in Auschwitz“ und seine autobiografische Dokumentation „Die Stärkeren. Ein Bericht aus Auschwitz und anderen Konzentrationslagern.“ Anfang der sechziger Jahre hatte er wesentlichen Anteil am Zustandekommen der aufsehenerregenden Frankfurter Auschwitz-Prozesse gegen mehr als 20 NS-Verbrecher. Doch das Wirken Hermann Langbeins reicht weit über Auschwitz hinaus. Ein Vierteljahrhundert lang war er überzeugter Kommunist, bevor er mit der Partei brach; er war Spanienkämpfer auf Seiten der Republikaner, ein unermüdlicher Streiter für die Demokratie und politischer Aufklärer, eine moralische Autorität und ein liebevoller Familienmensch. Hermann Langbein trug als Publizist und Vortragender nach 1945 wesentlich zur Aufklärung über nationalsozialistische Verbrechen bei. Die von ihm initiierte Aktion, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu Vorträgen, Diskussionen und Veranstaltungen in Schulen zu schicken, gab der pädagogischen Aufklärungsarbeit einen entscheidenden Impuls.



V. l. n. r.: Peter Weidner, Gottfried Winkler, Barbara Prammer, Thomas Punkenhofer, Hannes Schwantner und die Gruppe „Widerstand“ (kl. Bild)

Mauthausenbefreiungsfeier 2012

Auch heuer fanden sich mehr als zehntausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus fast allen Ländern Europas zum Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen im Mai 1945 auf dem Appellplatz ein. Die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände stand mit einer starken Delegation wieder an der Spitze der österreichischen Teilnehmer. Die Republik war durch Bundespräsident Heinz Fischer, durch Bundeskanzler Werner Faymann, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und einige Bundesminister und Staatssekretäre sowie durch die Mandatäre aus verschiedenen Bundesländern vertreten. Unter den Rednern waren auch VertreterInnen der Enkelgeneration, die aus persönlichen Kontakten mit ihren verwandten ZeitzeugInnen berichteten.

Der Widerstand der Eisenbahner

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen hatten dies-

mal vor der großen Versammlung auf dem Appellplatz eine eigene Feier gemeinsam mit der Gewerkschaft der Eisenbahner „vida“ beim Bernaschek-Denkmal abgehalten. Gerade im Jahr 1942, also vor 70 Jahren, hatte die Gestapo eine Verhaftungswelle unter den Widerstandskämpfern aus dem Kreis der Eisenbahner gestartet. Die meisten wurden unter der Anklage „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt. Diese Verhaftungsaktionen sollten Angst und Schrecken verbreiten, um jeden Widerstand im Keim zu ersticken. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Hannes Schwantner und der Landesvorsitzende von Oberösterreich, Peter Weidner, konnten eine Reihe von Gewerkschaftern und SPÖ-Mandatären, u. a. Barbara Prammer, den Bürgermeister von Mauthausen, Thomas Punkenhofer, sowie die Musikgruppe „Widerstand“ begrüßen. Als Hauptredner war Gottfried Winkler, Bundessektionsvorsitzender Sektion Verkehr und ÖBB-Zentralbetriebsrat-Stv., ge-

laden. Gottfried Winkler schilderte den Widerstand der Eisenbahner, der von der Gestapo seit dem Jahr 1942 verstärkt verfolgt wurde. Er erzählte: „In diesen Zeiten war es keine Seltenheit, wenn auch in den Dienststellen der damaligen Reichsbahn Schergen der Gestapo in Zivil erschienen, Eisenbahner aufforderten, die Arbeit niederzulegen und mitzukommen.“

Verhaftungen durch die GESTAPO

„Der Weg der von Hitlers Geheimpolizei festgenommenen Eisenbahner“, so Winkler weiter, „führte wie der Weg vieler anderer, die die Augen vor den Schandtaten nicht verschließen wollten, in die Gefängnisse, Folterräume und Konzentrationslager der Nationalsozialisten. Für viele der Verhafteten gab es von dort keine Rückkehr mehr, weil sie sich für Freiheit und Demokratie einsetzten und gegen die Diktatur der Nazis und ihre Menschenverachtung auflehnten. Aus der Kartei der Personalabteilung der Generaldirektion

der ÖBB und aus den im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes aufliegenden Akten geht hervor, dass von der NS-Justiz über 1.635 österreichische Eisenbahner verfolgt wurden, 154 Kollegen davon wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet, fast alle anderen wurden zu Zuchthaus oder KZ-Haft verurteilt.

Eisenbahner in Mauthausen ermordet

Viele Eisenbahner wurden in das Konzentrationslager Mauthausen verschleppt und kamen dort nach nur kurzer Haft unter nie geklärten Umständen ums Leben. Sie alle haben sich dadurch ausgezeichnet, dass sie in ihren Worten und durch ihre Taten die menschenverachtende Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten nicht schweigend hingenommen haben.“

An der Gedenkveranstaltung nahmen VertreterInnen der Landesverbände Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Wien teil. ■



MAHNMAL FÜR HOMOSEXUELLE OPFER?

Gibt es nicht schon genug Erinnerungsorte? Würde es nicht ausreichen, bei einem bestehenden Mahnmal eine zusätzliche Erinnerungstafel anzubringen? Die Frage in der Artikelüberschrift ist mit einem eindeutigen Ja zu beantworten; und die folgenden Fragen mit einem ebenso eindeutigen und klaren Nein. Ja, wir brauchen ein eigenes Mahnmal für homosexuelle Opfer des Nationalsozialismus. Alleine schon aus einer moralischen Verpflichtung für die Opfer und zum ständigen Gedenken und zur Weitergabe von Wissen über das menschenverachtende NS-Regime. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit ist ja in Österreich manchmal mehr als beschämend, ja erschreckend. Über ein künftiges Mahnmal für homosexuelle Opfer in Wien ist bereits viel gesagt und geschrieben worden. Nun sollten wir endlich zur Umsetzung schreiten. Es muss entschieden werden, wo ein Mahnmal seinen Standort – der einmal vorgesehene Standort Morzinplatz ist technisch nicht geeignet – haben soll, wie es auszusehen hat und welche Begleitmaßnahmen es dazu geben soll. Ein Mahnmal wird von vielen Menschen besucht. In Wien sind wir nicht gerade mit geeigneten Standorten gesegnet, trotzdem gibt es nun die einmalige Chance, hier etwas umzusetzen – an einer neuen Örtlichkeit für eine neue Art des Gedenkens. Es gilt, einen Ort für gemeinsame Veranstaltungen, Mahnwachen, Gedenkveranstaltungen gegen Homophobie und Transphobie sowie offizielle Kranzniederlegungen zu schaffen: eben einen gemeinsamen Ort der Begegnung und des Gedenkens, verbunden mit der Namensgebung eines Platzes oder einer Straße. Nachdem ein Mahnmal-Standort festgelegt wurde, kann der nächste Schritt folgen. Unter Einbindung von HistorikerInnen von Beginn an und von Institutionen wie dem Gedenkdienst, dem Nationalfonds sowie VertreterInnen der lesbischen/schwulen Community sollten für die Gestaltung Vorschläge namhafter Künstlerinnen und Künstler eingeholt werden und der beste Vorschlag ausgewählt werden. Und dann kann an die Errichtung gegangen werden.

Bei guten Vorplanungen und guter Zusammenarbeit aller Beteiligten wird das Mahnmal für homosexuelle Opfer bis 2015, ganz im Sinne des Wiener Koalitionsübereinkommens zwischen SPÖ und Grünen, in Wien seinen Platz haben. Und temporäre Gedenkstätten haben damit ausgedient.

Peter Traschkowitsch

Jugendprojekt zum Thema „NS-Euthanasie“

Bereits zum dritten Mal wurde im Vorfeld des Gedenktages gegen Gewalt und Rassismus, der heuer am 4. Mai im Parlament begangen wurde, ein Jugendprojekt durchgeführt. Diesmal befassten sich die jungen Menschen mit dem Thema „NS-Euthanasie“. Im Jahr 2010 haben sich Jugendliche mit der sogenannten „Mühlviertler Hasenjagd“ beschäftigt, 2011 standen die Außenlager des KZ Mauthausen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit dem NS-Terrorregime. Ziel des Projekts ist es, Jugendlichen die Gelegenheit zu bieten, sich längerfristig mit einem konkreten Teilbereich des Nationalsozialismus zu beschäftigen, damit die Vergangenheit in das Heute zu holen und Anknüpfungspunkte in den Lebensrealitäten der Jugendlichen zu finden. Am diesjährigen Projekt beteiligen sich SchülerInnen der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege am SMZ Ost/Donauspital, eine Klasse der HTL Steyr sowie Lehrlinge aus unterschiedlichen Lehrwerkstätten von Jugend am

Werk aus Wien. Sie nähern sich dem Thema seit Oktober 2011. Basierend auf historischen Dokumenten, Biografien, wissenschaftlicher Literatur, Bildern, Internetseiten und Gesprächen sollen unter anderem kleine Ausstellungen, aber auch eine Landkarte zu Euthanasie-Opfern sowie Broschüren, Zeitungen und Werkstücke entstehen, die sich auf die angestrebten Berufe der Jugendlichen beziehen. Am 3. Mai 2012 sind alle Gruppen im Parlament zusammengetroffen, um das Projekt gemeinsam zu reflektieren. Im Mittelpunkt der Betrachtungen der HTL-SchülerInnen stand die Frage nach der Zivilcourage gestern und heute. Dazu wurden Biografien von acht Personen erstellt, die Widerstand gegen die NS-Euthanasie geleistet haben. Eine Landkarte verknüpft die Heimorte der SchülerInnen mit den Geburtsorten von Opfern der NS-Euthanasie und schafft somit lokale Bezugspunkte. Überdies hat die Gruppe eine Broschüre mit Texten zum Projekt erarbeitet. ■

Gemeindebau in der Greinergasse wurde Edwin-Schuster-Hof

Die Benennung von Wiener Gemeindebauten ist eine Ehrung für herausragende Persönlichkeiten und ein sichtbares Zeichen für tiefe Wertschätzung. Mit der Benennung der Wohnhausanlage Greinergasse 36–40 in „Edwin-Schuster-Hof“ ehrt die Stadt Wien den antifaschistischen Widerstandskämpfer, der als Eisenbahner seinen Dienst auf der Franz-Josefs-Bahn leistete und auch gewerkschaftlich tätig war. Nach den Februarkämpfen 1934 engagierte sich Schuster im Kampf gegen den Austrofaschismus und gegen den Nationalsozialismus. Im Februar 1942 wurde er festgenommen und am 14. Juli 1942 in das KZ Mauthausen überstellt, wo er am 21. August desselben Jahres unter ungeklärten Umständen ums Leben kam. Dies erläuterte Stadtrat Michael Ludwig bei der Eröffnung der Feier im Gemeindebau Greinergasse, an der Bezirksvorsteher Adolf Tiller, Bezirksvorsteher-Stv. Anton Mandl, einige Gemeinde- und Bezirksräte sowie der Vorsitzende der Freiheitskämpfer/innen, Ernst Nedwed, teilnahmen. Redner war der Wiener Landesvorsitzende der Gewerkschaft vida, Helmut Gruber, der den Kampf des Geehrten Edwin Schuster schilderte und auch den Widerstand der Eisenbahner in ganz Österreich darstellte. Das war auch der Grund, dass die Gestapo damals eine große Verhaftungswelle unter den Eisenbahnern startete. ■

Eröffnung der neu gestalteten Gedenkstätte „Museum Peršmanhof“

Zur Erinnerung an das Nazi-Massaker an den Bewohnern des Peršmanhofes im April 1945, wenige Tage vor Kriegsende, wurde 1982 im wiedererrichteten Wohngebäude eine Ausstellung eingerichtet und auf dem Vorplatz des Museums ein Partisanendenkmal als Symbol für den Widerstand der Kärntner PartisanInnen errichtet. Zuvor stand das Denkmal in Völkermarkt, wurde aber vermutlich von Neonazis gesprengt. Das wiedererrichtete Denkmal hat seither einen würdigen Ort am Peršmanhof gefunden.

30 Jahre später, am 24. Juni 2012, wurde nach wissenschaftlich fundierten Vorarbeiten das erweiterte und neu gestaltete Museum unter Teilnahme von mehr als 700 Gästen feierlich eröffnet. Dr. Katja Sturm-Schnabl, Obfrau des Verbandes der Kärntner Partisanen, und Mag. Gudrun Blohberger, Obfrau des Vereins Peršman, begrüßten die Gäste. Es wurden bewegende Grußbotschaften von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer und von Dr. Danilo Türk, Präsident der Republik Slowenien, verlesen. Grußworte sprachen Ing. Peter Kuhar, Ehrenvorsitzender des Verbandes der Kärntner Partisanen, Franc-Jožef Smrtnik, Bürgermeister von Bad Eisenkappel, und Dr. Efim E. Korolev, Generalsekretär des Komitees der russischen Kriegsveteranen. Dr. Marjan Sturm, Obmann des Zentralverbands slowenischer Organisationen, und Dr. Lisa Retzl, Historikerin und Vertreterin des Kuratorenteams der neuen Ausstellung, berichteten über die Anfänge und Neugestaltung des Museums. Die Festansprachen hielten Zoran Janković, Bürgermeister von Ljubljana, und Min.-Rat Mag. Manfred Wirtitsch, Leiter

der Abt. politische Bildung im BMUKK, die die Bedeutung des Museums als Gedenk- und Bildungsstätte betonten.

Es informiert über die leidvollen Schicksale der Menschen der Region während der Nazi-herrschaft, über ihren Kampf gegen die Nazidiktatur und ihren Beitrag zur Befreiung Österreichs. Nach 1945 wurde ihnen erst spät und halbherzig gedankt. Das Zustandekommen des „neuen“ Museums ist der Arbeit und den Spenden vieler Menschen sowie der Förderung von Bundesstellen

zu verdanken. So haben u. a. auch die Lehrlinge der ÖBB-Lehrwerkstätte Krumpendorf am Aufbau der Ausstellung mitgewirkt. Auch die Bundesorganisation der Freiheitskämpfer/innen förderte die Neugestaltung. Das Land Kärnten hat ein Förderungsansuchen abgelehnt.

Wie kam es zum Nazi-Massaker auf dem Peršmanhof?

Am Ende des langen und engen Lepptentals, unterhalb der Petzen auf 1.000 m Seehöhe, lebten und wirtschafteten auf

dem Peršmanhof die slowenisch sprechende Bergbauernfamilie Sadovnik mit ihren sechs Kindern, die Schwester des Bauern Katharina mit ihren vier Kindern, die Altbäuerin Franziska sowie Mägde und Knechte. Mit Beginn des deutschen Angriffskrieges wurde der Vater Luka zur Wehrmacht eingezogen. Er kehrte im Winter 1944/45 lungenkrank von der Front zurück auf den Hof. Bis dahin übernahmen die Frauen die alleinige Verantwortung für Haus und Hof. Die systematischen Repressionsmaßnahmen der Nazis gegen die slowenisch sprechende Kärntner Bevölkerung, ihre Vertreibung ins „Altreich“ zur Zwangsarbeit, ihre Inhaftierung in Konzentrationslagern, auch der Kinder in vier Kinder-KZs, und die Enteignung zahlreicher Höfe führten dazu, dass verbliebene Familien, so auch die Familie Sadovnik, mit den PartisanInnen der Befreiungsfront OB/osvobodilna fronta sympathisierten und der Peršmanhof bereits ab 1942 zu einem wichtigen Stützpunkt der PartisanInnen wurde. Die Frauen versorgten die Partisaneneinheiten, pflegten die Verwundeten und tauschten Informationen aus. Die Unterstützung der Partisanen bedeutete ständige Lebensgefahr, nachdem die Nazis das Delikt „Bandenbegünstigung“ mit Verhaftung und Ermordung ahndeten.

Am 25. April 1945 hatten sich wieder PartisanInnen auf dem Peršmanhof zu Besprechungen und einer Ruhepause eingefunden. Aufgrund einer Anzeige bei der Polizei über eine Beschlagnahme von Vieh durch PartisanInnen stießen Teile der 4. Kompanie des 1. Bataillons des SS- und Polizei-regiments überraschend zum



Mahnmal am Peršmanhof

Peršmanhof vor. Nach einem heftigen Feuergefecht zogen sich die PartisanInnen zurück, ebenso die Nazitruppen. Doch diese kamen zurück und ermordeten vier Erwachsene und sieben Kinder der Familie Sadovnik und Kogoj. Anschließend brannten sie das Anwesen nieder.

Die Opfer des Nazi-Massakers:

- Franziska Sadovnik, 77, Altbäuerin*
- Luka Sadovnik, 39, Bauer*
- Ana Sadovnik, 36, Bäuerin*
- Franciska Sadovnik, 13, Tochter*
- Viktor Sadovnik, 4, Sohn*
- Bogumir Sadovnik, 1, Sohn*
- Katharina Sadovnik, 44, Schwester des Bauern*
- Albina Sadovnik, 7, Nichte*
- Filip Sadovnik, 5, Neffe*
- Stanislav Kogoj, 10, Neffe*
- Adelgunda Kogoj, 3, Nichte*

Die elf Opfer des Massakers, v. a. die ermordeten Kinder, stehen stellvertretend für das Leid und den Tod von tausenden unserer slowenisch sprechenden KärntnerInnen durch den Terror des Naziregimes, sie stehen für ihren mutigen Widerstand gegen die Nazibarbarei. Ihrem Andenken wird im Museum besonderer Raum eingeräumt als Mahnung und als Aufruf an uns ALLE, v. a. an die Jugend, dass Widerstand zur Pflicht wird, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten, wenn Rassismus, Fremdenhass, Demokratiefindlichkeit, Rechtsradikalismus und Neofaschismus um sich greifen und unsere Gesellschaft vergiften. Wir Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktive Antifaschist/inn/en wünschen dem Verein Museum Peršman viel Erfolg bei seiner Gedenk- und Bildungsarbeit und dem Museum viele junge BesucherInnen.

Alfred Koblbacher ■



Kurz vor Redaktionsschluss erreichten uns Nachrichten aus Kärnten, die einem Erdbeben gleichkommen. Geständnisse über Parteifinanzierung in großem Ausmaß werden zurzeit von den Korruptionsstaatsanwälten verfolgt. Alle Parteien außer der FPK verlangen rascheste Neuwahlen in Kärnten. Das regte unseren Karikaturisten Ali Ko zu dieser Allegorie an.

Freiluftausstellung in der Gedenkstätte in Rechnitz

Am Sonntag, dem 25. März, nahm eine Delegation der Freiheitskämpfer/innen Hietzing an der Gedenkfeier für die Opfer des Endphasenverbrechens in Rechnitz teil. Am gleichen Tag vor 67 Jahren wurden in Rechnitz etwa 200 ungarisch-jüdische ZwangsarbeiterInnen, die wegen Erschöpfung und Krankheit nicht mehr arbeiten konnten, ermordet. Der genaue Ort des Verbrechens und des Massengrabes ist bis heute nicht bekannt. Begleitet wurde die Exkursion von der Politologin Elke Rajal, die vor der Gedenkfeier in einem kurzen Referat über die Geschehnisse in Rechnitz und die damit verbundenen geschichtspolitischen Auseinandersetzungen sprach. Außerdem begleitete uns Sepp Zaunegger, der für die TV-Sendung „Prekär“, die auf Okto TV ausgestrahlt wird, eine Reportage zur Gedenkfeier in Rechnitz anfertigte. Die Gedenkfeier selbst war äußerst gut besucht – rund 500 Personen nahmen daran teil. Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften hielten Ansprachen, bevor als Hauptredner Dr. Gábor Vadász, dessen kranker Vater und sein Zwillingsbruder 1945 nach Rechnitz gebracht und getötet worden waren, ans Mikrofon gebeten wurde. Im Anschluss eröffneten Vertreter der Religionsgemeinschaften, der Bürgermeister von Rechnitz, Vertreter des Vereins RE.F.U.G.I.U.S. und des Landes Burgenland gemeinsam mit Bundespräsident

Dr. Heinz Fischer die neue Freiluftausstellung direkt am Kreuzstadl. Dr. Fischer würdigte die wertvolle Arbeit des Vereins RE.F.U.G.I.U.S., der sich seit mehr als 20 Jahren um eine Aufarbeitung des Verbrechens von Rechnitz bemüht, und betonte, „dass die Suche nach dem Massengrab weitergehen und die Stelle gefunden werden muss, um den Ermordeten eine würdige Grabstätte geben zu können“. Der Gedenkfeier und der Ausstellungseröffnung wohnten außerdem die Botschafter Israels und Ungarns bei. Die neue Ausstellung befindet sich nur wenige Meter vom Kreuzstadl entfernt in einer leichten Absenkung, die entfernt an einen Schützengraben erinnert. Dies könnte als Erinnerung an den Bau der militärischen Abwehranlagen des „Südostwalls“ interpretiert werden, für den unzählige jüdische ZwangsarbeiterInnen aus Ungarn herangezogen wurden und im Zuge derer Zehntausende ermordet oder zu Tode geschunden wurden. Sie ist frei zugänglich und erklärt den Kontext der Morde von Rechnitz und die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der letzten Kriegsmomente. Mit der neu eröffneten Ausstellung sind die zahlreichen Menschen, die sich in den letzten Jahrzehnten um eine Auseinandersetzung mit dem Verbrechen von Rechnitz bemühen, ihrem Ziel ein wichtiges Stück nähergekommen.

P. Larndorfer ■

99. Geburtstag von Marko Feingold



Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Marko Feingold in der Synagoge Salzburg vor dem Gedenkstein

Marko Feingold, ein KZ-Kamerad von Eduard Goldmann und Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde in Salzburg, feierte kürzlich seinen 99. Geburtstag und das in bester Gesundheit.

Mit dabei als Gäste waren Bürgermeister Dr. Heinz Schaden, Univ.-Prof. Dr. Albert Lichtblau sowie Arno Kleibel, der Verleger seiner neu aufgelegten Biografie „Wer einmal gestorben ist, dem tut nichts mehr weh“. Die Lebenserinnerungen von Marko Feingold sind geprägt von Gegensätzen und zeigen Wendungen und Brüche in einem von Nationalsozialismus und Holocaust bestimmten Leben.

Marko Feingold überlebt die unmenschliche Grausamkeit der Konzentrationslager Auschwitz, Neuengamme, Dachau und Buchenwald. Nach der Befreiung durch die Alliierten leitet er eine Verpflegungsstätte für politisch Verfolgte. In den darauf folgenden Jahren gelingt es ihm, unzähligen KZ-Überlebenden bei ihrer Flucht nach Palästina zu helfen. Seit der Gründung im Jahr 1946 ist er Mitglied der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg, dessen Präsident er seit 1977 ist. Im Einzelnen skizziert

Marko Feingold seinen Lebenslauf: „Ich wurde am 28. Mai 1913 in Neusohl (Banska Bystrica), damals k. k. Österr.-Ungarische Monarchie, heute Slowakei, als drittes Kind eines Eisenbahnbau-Assistenten geboren. Ich bin österreichischer Staatsbürger und besuchte in Wien die Volks- und Unterrealschule, wurde kaufmännischer Lehrling, besuchte die Handelsschule und legte nach drei Jahren die Kaufmannsgehilfenprüfung ab. Ich war mehrere Jahre als Handelsangestellter und Reisender in Österreich und benachbarten Ländern tätig. 1938, nach dem ‚Anschluß‘, war ich kurze Zeit in Wien in Haft, mußte Österreich verlassen und ging in die Tschechoslowakei. Am 6. Mai 1939 wurde ich in Prag verhaftet und sollte wegen eines Disziplinarvergehens unter Anklage gestellt werden. Nach einem Jahr Gefängnis wurde ich in das KZ Auschwitz überstellt. Bei meiner Ankunft wurde mir die unmittelbare Liquidierung angekündigt. Ich konnte mein Leben aus diesem Lager, einem der schrecklichsten überhaupt, retten, da ich durch einen Transport in das KZ Neuengamme bei Hamburg überstellt wurde. In diesem Lager kam ich bis

auf ein Körpergewicht von ca 35 Kilogramm herunter. Da ich zur Arbeit nicht mehr fähig war, wurde ich auf einen Todestransport nach dem KZ Dachau überstellt. Im Juli 1941 kam ich mit einem neuerlichen Transport in das KZ Buchenwald. Dort war ich im Steinbruch, als Steineträger, im Straßenbau und in der Fuhrkolonne tätig. 1942 machte ein Vorzugshäftling der ‚SS‘ den Vorschlag, deutschsprachige Häftlinge zu Handwerkern auszubilden. So wurden ungefähr 100 noch jüngere Juden in zwei Gruppen zu Maurern herangebildet. Diese konnten es diesem Umstand verdanken, am Leben geblieben zu sein, da alle anderen Juden, Nichthandwerker, ab Oktober 1942 nach dem KZ Auschwitz gebracht und dort zum überwiegenden Teil vergast wurden. Am 11. April 1945 wurde ich im KZ Buchenwald von den Amerikanern befreit, aber erst am 18. Mai 1945 durften wir als erster Transport von Österreichern nach Österreich fahren. Ich wollte ursprünglich nach Wien, doch an der Demarkationslinie, an der Enns, gab es Schwierigkeiten bei der Weiterfahrt, man wollte uns wieder nach Buchenwald zurückbringen. Als wir Salzburg erreichten, blieben einige ehemalige Häftlinge, darunter auch ich, hier. Einige Tage nach meiner Ankunft in Salzburg übertrug man mir und Edi Goldmann die Leitung der Verpflegungsstätte für politisch Verfolgte aller Religionen. Ungefähr 550 ehemalige Häftlinge hatten wir zu verpflegen. Der Kreis der zu Betreuenden ging durch alle Parteien. Auf Grund der sachgemäßen Führung wurde uns auch die Administration der jüdischen DP-Lager in der Stadt und dem Land Salzburg, aber auch von Tirol übergeben. Auch für die Zusammenführung der Familien und den Weitertransport hatte ich zu sorgen. Dank der Unterstützung der Stadtgemeinde

(Verpflegung) und der Landesregierung (Transportmittel) war es mir möglich, in kurzer Zeit, trotz aller Schwierigkeiten, die es damals gab, tausende jüdische ‚DPs‘ nach Italien zu bringen. Für diese Tätigkeit wurde ich nach Gründung des Staates Israel ausgezeichnet. Im Jahre 1945 gab es noch keine Israelitische Kultusgemeinde, erst 1946 wurde sie neu konstituiert. Ich war 1945 Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde und 1946 Präsident der wiedererrichteten Israelitischen Kultusgemeinde Salzburgs. 1946 mußte ich die Präsidentschaft der Kultusgemeinde zurücklegen, da ich zu sehr mit dem Flüchtlingsproblem beschäftigt war, man warf mir indirekt ‚Menschenschmuggel‘ vor. Bis 1948 widmete ich mich der Wiedereingliederung der aus dem Krieg zurückgekommenen politisch Verfolgten, um sie am Aufbau des neuen Österreichs mitwirken zu lassen. 1948 gründete ich mit Edi Goldmann in Salzburg ein Modenfachgeschäft, das dank einer guten kaufmännischen Führung bald eine Filiale verlangte. Seit meiner Ankunft 1945 in Salzburg war ich neben meiner kaufmännischen Tätigkeit eng mit dem Aufbau der christlich-jüdischen Begegnung verbunden. 1977 ging ich in Pension, seit nunmehr 20 Jahren stehe ich wieder der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg vor, habe in dieser Zeit unzählige Vorträge gehalten, die von Schülern, Studenten, Geistlichen, Journalisten, Pfarr- und Bildungsheimen positiv aufgenommen wurden und werden.“

Quelle: Israelitische Kultusgemeinde Salzburg ■

Marko M. Feingold, Wer einmal gestorben ist, dem tut nichts mehr weh. Eine Überlebensgeschichte. Herausgegeben und mit einem Nachwort von Birgit Kirchmayr und Albert Lichtblau. Otto Müller Verlag, Salzburg ISBN: 978-3-7013-1196-5, Preis € 20,-



An unsere Leserinnen und Leser

Zunächst herzlichen Dank für Euer Verständnis, dass wir ab dem Frühjahr 2011 nicht immer pünktlich erscheinen konnten. Der Grund hierfür war, dass Manfred Scheuch kurzfristig durch einen längeren Spitalsaufenthalt verhindert war. Ein zweites Handicap für ihn war, dass das Medienbaus aus der Schottenfeldgasse nach St. Marx verlegt wurde, was auch für Manfred Scheuch eine gewisse Belastung gewesen ist. Wir haben uns trotzdem solidarisch bemüht, die Zeitschrift regelmäßig herauszubringen, und wir wollen allen danken, die durch ihre Beiträge die Lebendigkeit der Zeitung gesichert haben. Wir danken besonders Manfred Scheuch, dass er sich bereit erklärt hat, weiterhin wichtige historische Ereignisse zu interpretieren, wie auch z. B. in dieser Nummer im Artikel über den 15. Juli 1927, der umso wichtiger ist, als in der gesamten österreichischen Presse darüber wenig geschrieben wurde.

Mit freundschaftlichen Grüßen

*Ernst Nedwed,
Bundesvorsitzender*

12. Gedenkfahrt nach Engerau und Veranstaltung in memoriam Prof. Dr. Jonny Moser in Parndorf

Am 1. April 2012 fand zur Erinnerung an die im März 1945 vom NS-Regime ermordeten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter des Lagers Engerau (Petržalka/Bratislava) eine Gedenkfahrt, veranstaltet von der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, statt. Auf dem Friedhof von Petržalka wurden Gedenkreden für die hier beigesetzten vorwiegend jüdischen Opfer, die bei den Schanzarbeiten für den Bau des von den Nazis bezeichneten „Südostwalls“ – errichtet gegen die bereits herannahenden Sowjets – getötet worden waren, gehalten. Dabei kamen Vertreter der Opferverbände, Hinterbliebene von hier Ermordeten und Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde von Bratislava zu Wort. In all ihren Reden wurden die im Lager Engerau herrschenden entwürdigenden und unmenschlichen Verhältnisse, denen die Zwangsarbeiter unterworfen waren, in aller Deutlichkeit geschildert und die Namen der Ermordeten – soweit bekannt – verlesen. Anschließend ging die Fahrt zu verschiedenen Orten, an denen der Folterung und Ermordung der dort ums Leben gekommenen Zwangsarbeiter gedacht wurde. Der Evakuierungszug der Zwangsarbeiter mit zirka 2.000 Mann und 70 Wachpersonen wurde nach Wolfsthal und Hainburg nach Bad Deutsch-

Altenburg geführt. Dabei starben die meisten Personen und die wenigen Überlebenden hatten aufgrund der schrecklichen Erlebnisse nur mehr vage Erinnerungen an das Geschehen. In Wolfsthal ist jedenfalls eine Gedenksteinsetzung für einen hier zu Tode gekommenen jüdischen Zwangsarbeiter geplant. Im Gemeindesaal von Parndorf wurde mit der Darbietung einer Tamburizza-Gruppe die Gedenkstunde für Jonny Moser begonnen. Die Historikerin Eleonore Lappin-Eppel blickte in sehr persönlichen Worten auf die lange Zusammenarbeit mit Jonny Moser zurück, im Geburtsort des im Juli 2011 verstorbenen Jonny Moser, der hier seine Jugendjahre verlebte, bevor er mit seiner Familie aufgrund seiner jüdischen Abstammung mütterlicherseits von den Nazis ausgewiesen und schließlich in Budapest zum Mitarbeiter des Diplomaten Raoul Wallenberg wurde. Der Schauspieler Christian Spatzek las aus Mosers Buch „Wallenbergs Laufbursche“. Danach wurde der Friedhof in Bruck/Leitha besucht, wo ebenfalls der Opfer der NS-Zeit gedacht wurde, besonders der Engerauer Lagerinsassen, die nicht mehr in der Lage waren, ihre Reise per Schiff nach Mauthausen anzutreten und an Ort und Stelle von den Nazis erschossen wurden.

Waltraude Lilly Licen ■

Eine wichtige Biografie über Anton Benya

Am 5. Dezember 2011 jährte sich zum zehnten Mal der Todestag des langjährigen ÖGB-Präsidenten Anton Benya. Anton Benya hatte in vielen Bereichen eine herausragende Rolle: für die österreichischen ArbeitnehmerInnen als Präsident des ÖGB (1963–1987) und Vorsitzender der Metallgewerkschaft; für die Sozialpartnerschaft als Gegenüber von WKÖ-Präsident Rudolf Sallinger; für die Innenpolitik als Präsident des Nationalrates (1971–1986) und Weggefährte Bruno Kreiskys; und auch für den Fußball als Präsident des SK Rapid (1989–1993). In Benyas Zeit als ÖGB-Präsident fallen viele sozialpolitische Errungenschaften, unter anderem Arbeitszeitverkürzung auf 43 Stunden (1970) bzw. 42 Stunden (1972), das Arbeitsverfassungsgesetz und das Jugendvertrauensrätegesetz (1973), Arbeiter-Abfertigungsgesetz mit Gleichstellung von Arbeitern mit Angestellten bei der Abfertigung (1979), Verlängerung des Mindesturlaubs von vier auf fünf Wochen. Im Herbst 2011 erschien im Böhlau-Verlag eine von Liselotte Douschan verfasste Biografie, die zum Teil auf bisher unveröffentlichten Quellen aus Anton Benyas Privatbesitz basiert. Wenig bekannt ist, dass der junge Benya Wehrturner und Schutzbündler war. Am 12. Februar 1934 fand er sich wohl am Treffpunkt seiner Abteilung ein, jedoch beteiligte sich diese nicht an den Kämpfen. Trotzdem wurde er dafür im März 1934 für einen Monat im Polizeigefangenenhaus interniert. Benya, 1929 Lehrlingsvertrauensmann und 1931 Betriebsrat, war während des Austrofaschismus in der illegalen und auch in der legalen (Einheits-)Gewerkschaft aktiv. Von Februar bis September 1937 war er ein weiteres Mal wegen illegaler Tätigkeit inhaftiert. Die sieben Jahre nationalsozialistischer Herrschaft „überwinterte“ er ohne politische Aktivität, konnte sich sogar der Mitgliedschaft in der Deutschen Arbeitsfront entziehen. Zur Wehrmacht wurde er nicht eingezogen, weil er als Facharbeiter in einem kriegswichtigen Betrieb, der Funktechnik für Flugzeuge herstellte, „unabkömmlich“ gestellt war. Nach der Befreiung 1945 stellte sich Anton Benya sofort wieder in den Dienst der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung und wirkte dort ebenso persönlich bescheiden und uneigennützig wie erfolgreich. An ihm könnten sich heute wirkende Funktionäre und Funktionärinnen der SPÖ ein Beispiel nehmen! Besagte von Liselotte Douschan verfasste Biografie enthält vereinzelt Passagen, die unsereinem fragwürdig erscheinen: „Am 4. März 1933 schaltete sich das österreichische Parlament durch den Rücktritt der Präsidenten aus und Bundeskanzler Dollfuß leitete autoritäre Maßnahmen ein.“ (S. 31)

Gerald Netzl ■



Weitgehendst unbekannt war, dass es viele kleine Nebenlager gegeben hat, in denen Teile der V2, der „Wunderwaffe“ der Nazis, von Zwangsarbeitern produziert wurden. Heute finden Führungen durch diese Stollenanlagen statt.

Gedenken an den Stätten Redl-Zipf und Ebensee (12. Mai 2012)

Im Jahr 1943 entschloss sich das NS-Regime, kriegsnotwendige und kriegsverlängernde Rüstungsbetriebe unterirdisch anzulegen, um sie so vor den Bombenangriffen der Alliierten zu schützen. Wegen der dafür gut geeigneten geologischen Situation und der vorhandenen Infrastruktur, Bahngleise der Westbahn und Bierlagerstollen im angrenzenden Berg, wurde für die Erzeugung von Raketentreibstoff und das Testen der Antriebsaggregate der V2 die Brauerei in Zipf ausgewählt. Willkürlich und formlos wurden Stollen und Grundstücke für den Betrieb „Schlier“ beschlagnahmt.

Zur Bewältigung der Aufgaben, das Graben neuer Stollen und den Bau der Versuchsanlage, wurden Gefangene aus dem Nebenlager Ebensee herbeigebracht, die unter unmenschlichen Bedingungen dieses Vorhaben umzusetzen hatten. Während der Bauphase starben ungefähr zweihundertvierzig dieser Geschundenen, insgesamt mehr als zweihundertsechzig Personen. Nein, es war kein

unkontrolliertes, hilfloses Massensterben – es war die gezielte Vernichtung von einzelnen Menschen, die einem Terrorregime zum Opfer gefallen waren, weil sie diesem misslieblich gewesen waren. Unter Ausnutzung ihrer Arbeitskraft bis zur todbringenden Erschöpfung, unter unvorstellbaren Qualen, errichteten Menschen hier Stätten, die dem NS-Regime dienten. An der Planung und der Errichtung dieser Versuchsanlage war ein gewisser Wernher von Braun nicht unmaßgeblich beteiligt, er besuchte dieses Gelände während des Baus angeblich sogar zweimal. Wernher von Braun, ein Mann, der wusste und befahl und dessen nachmaliger Ruhm aufbaut auf dem Rücken der Geknechteten und den Gräbern der Ermordeten. Nach dem zweiten, sehr schweren Unfall, dessen Ursache nie geklärt werden konnte, bei dem fast das gesamte technische Personal ums Leben kam, wurde das Versuchsprogramm an diesem Standort beendet, die Produktion von Flüssigsauerstoff ging allerdings weiter. Insgesamt

wurden etwa 500 Triebwerke hier getestet. Ein uns alle betrefnender Augenblick war, als eine deutsche Freundin uns das Schicksal ihres Vaters mitbrachte, der, gekennzeichnet mit „Rückkehr unerwünscht“, hierher verschleppt wurde, nach jahrelanger Hafttortur allerdings als nicht arbeitsfähig eingestuft wurde und wieder nach Ebensee zurückgestellt wurde. Segen oder Fluch, wir wissen es nicht, er jedenfalls konnte diesen entfesselten Wahnsinn überleben. Nach der Besichtigung dieser Stätte gingen wir zum Platz, an dem das Lager damals errichtet war. Nichts deutet heute mehr darauf hin, dass hier einst ein Lager des Grauens war. Eine zur Weide vermietete Wiese, keine baulichen Überreste, keine Gedenk- oder Hinweistafel erinnert daran. Eine Gedenkstätte etwas weiter entfernt vom ehemaligen Lager und von der Brauerei verweist auf die Gräueltaten. Eine großartige Idee einer Schulklasse in Zusammenarbeit mit der „ARGE Schlier“ führte dazu, dass auf Steine die Namen von Opfern und deren Todestag geschrieben

wurden, diese dann am Rande der Gedenktafel abgelegt wurden und so den Opfern Identität zuerkannt wurde. Jedes Kriegerdenkmal in jeder Kleingemeinde trägt die Namen der Gefallenen, bei Gedenkstätten für die Opfer eines Unrechtsregimes wird es bislang vermieden. Aus Scham, weil es dann plötzlich Personen sein könnten, die wir kennen? Oder Anonymisierung der Toten, um besser zu vergessen? Der Entmenschlichung durch Summierung von Ziffern zu Zahlen wurde somit Einhalt geboten, die Opfer personifiziert, ich lese Namen, ich lese Todestage, ich denke nach, ich versuche mir diese Person vorzustellen. Namen bekommen plötzlich Gesichter, bekommen ein Umfeld, eine Familie, ich werde trauriger und das Geschehene wird mir noch unfassbarer. Ganz großen Dank möchte ich in diesem Zusammenhang Mag. Hannes Koch und seinem engagierten und kompetenten Team aussprechen. Die ausgezeichnete Aufarbeitung der Geschehnisse dieser Zeit in exzellenter Präsentation kann man als vorbild-

lich weiterempfehlen (Kontakt über www.schlier.at). Bei kaltem und regnerischem Wetter führen wir dann zur Gedenkstätte in Ebensee. Zwei Jahre nach den skandalösen Vorfällen an diesem Ort erfasst mich sonderbarerweise sofort Unsicherheit, als ich Kinder am Wegesrand stehen sehe. Bin ich nicht vorurteilsfrei? Auf dem ehemaligen Lagerplatz stehen heute, dicht an dicht gedrängt, Einfamilienhäuser. Was waren die Beweggründe, sich hier anzusiedeln, zu wohnen an einer Stelle des Todes und der Erniedrigung und Qual? Wer waren die ersten Siedler, vielleicht Ausgebombte, Flüchtlinge, Lagerhäftlinge oder gar Vertreter der Wachmannschaf-

ten? Wieso wurde gerade dieses Gelände als Bauland vergeben? Stand die Absicht des Vergessenmachens dahinter? Fragen, die mich beschäftigen, deren Antworten ich nicht kenne. Eingezwängt zwischen dichtem Häuserbau ein letzter Überrest des Lagers: Der Bogen des ehemaligen Eingangsportes spannt sich über eine Wohnstraße. Dieser sollte kein Störfaktor in einer kompakten Wohnsiedlung sein, sondern soll ein Triumphbogen als Zeichen des Sieges über ein Unrechtsregime, soll steinernes Mahnmal an eine Zeit des Schreckens und Todes sein und Aufforderung zu „Niemals vergessen!“ sein.

Dieter Strobel ■

LETZTER SCHULTAG 30. 6. 1942

Stell dir vor, in Österreich gäbe es von einem Tag auf den anderen eine neue Regierung und diese würde innerhalb weniger Tage vorher Unvorstellbares veranlassen. Das war im März 1938 der Fall. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an Nazi-Deutschland wurden jüdische Schulkinder in den Schulklassen auf eigene, separate Bänke gesetzt. Für Kinder eine traumatische Erfahrung. Doch die Trennung innerhalb der Klasse war nur der erste Schritt, dann erfolgte der Ausschluss aus den allgemeinen Schulen. Ein Erlass vom 27. 4. 1938 sah die unmittelbare Einrichtung jüdischer Mittelschulen (= Gymnasien), ein Erlass vom 9. 5. 1938 die von jüdischen Pflichtschulen vor. Damit war die ausnahmslose Trennung der nach den rassistischen „Nürnberger Gesetzen“ jüdischen Schüler von ihren nichtjüdischen Kollegen vollzogen. Betroffen waren davon in Wien, wo der Großteil der jüdischen Bevölkerung wohnte, etwa 9.000 Pflichtschüler und etwa 4.000 Gymnasiasten, die damit von ihrem Umfeld, von ihren Freundinnen und Freunden getrennt waren. In den insgesamt 15 Sammelschulen (davon 2 Gymnasien) fand der Unterricht in überfüllten Klassen statt, die Kinder und Jugendlichen mussten oft weite Schulwege zurücklegen.

Spätestens mit dem Pogrom vom 9./10. November 1938 begann die landesweite organisierte Ausraubung und anschließende Vertreibung der jüdischen Bevölkerung. Mit ihren Eltern, zum Teil ohne Eltern in sog. „Kindertransporten“, mussten sie Österreich verlassen. Die Daheimgebliebenen hatten ein schreckliches Schicksal: Laut DÖW-Datenbank der österreichischen Holocaust-Opfer wurden 1.093 jüdische Kinder der Jahrgänge 1932 bis 1938 von den Nazis und ihren Helfern ermordet. An ihr Schicksal soll anlässlich der 70. Wiederkehr der „reichseinheitlichen Schließung aller Schulen der Juden“ am 30. 6. 1942 erinnert werden. Die Menschenrechte sind unteilbar, die Demokratie ist unverzichtbar – und die Elternvertretung ist ein wichtiger Baustein der (Schul-)Demokratie.

Gerald Netzl

SIGLINDE BOLBECHER 1952–2012

Mitten in der Redaktionsarbeit für diese Nummer erreichte uns die bittere Nachricht, dass Siglinde Bolbecher, kurz nach Vollendung ihres 60. Lebensjahres, verstorben ist.

Siglinde Bolbecher war die Gattin von Konstantin Kaiser, mit dem wir auch durch seine Mutter Maria und viele gemeinsame Arbeiten im antifaschistischen literarischen Bereich verbunden sind. Siglinde Bolbecher hat die Theodor Kramer Gesellschaft, zu deren BegründerInnen sie vor mehr als einem Vierteljahrhundert zählte, auf ihre einzigartige Weise geprägt, ohne sie hätte die Zeitschrift „Zwischenwelt“ („Mit der Ziehharmonika“), deren Mitherausgeberin sie über all die Jahre hinweg war, nicht dieses einzigartige Gesicht und Format gewonnen. Vielen Menschen, die aus Österreich vertrieben, verfolgt, gedemütigt und ermordet wurden, hat Siglinde Bolbecher durch ihre unablässige, viele Jahrzehnte umfassende, kontinuierliche wissenschaftliche Arbeit voller Sensibilität mit hellwachem Bewusstsein und Klarheit wieder eine Stimme gegeben und ihnen ein würdiges Denkmal gesetzt.

Josef Anton Baldermann – späte Ehrung eines Hingerichteten



Neben den Hinrichtungen im Wiener Landesgericht kamen auch viele Frauen und Männer des Widerstandes nach Berlin, wo sie vom dortigen „Volksgerichtshof“ verurteilt wurden. Zumeist waren es Verurteilungen aufgrund der Beschuldigung „Vorbereitung zum Hochverrat“, was meistens mit einem Todesurteil endete. Die Verurteilten wurden sodann in der berüchtigten Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee enthauptet oder erhängt. Der größte Teil der 51 Österreicher, die zum Tode verurteilt wurden, kam aus der Arbeiterbewegung.

Große Opfergruppen gab es aus Deutschland: 667 Personen, aus der ehemaligen Tschechoslowakei: 591 und aus Polen: 165. Insgesamt wurden 1.547 Frauen und Männer des Widerstandes hingerichtet. Darunter auch die Offiziere und Politiker der Widerstandsgruppe 20. Juli 1944. Josef Anton Baldermann wurde mit Angehörigen seiner Gruppe am 2. März 1944 in Berlin hingerichtet. Sein Sohn Josef setzte sich für eine postume Ehrung mit der Befreiungsmedaille ein und damit gegen das Vergessen. Nun wurde ihm im Februar dieses Jahres, im Rahmen einer Feier im Wiener Rathaus, von Stadträtin Sonja Wehsely in Vertretung des Landeshauptmanns Michael Häupl, das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs überreicht. An der Feier nahmen Angehörige und Kommunalpolitiker, sowie der Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen Ernst Nedwed teil. ■



Ausstellung zum 70. Jahrestag der Slowenenverfolgung in Kärnten

Im Kultur- und Kommunikationszentrum (K&K) im gemischtsprachigen St. Johann im Rosental/Šentjanž v Rožu war bis 5.6.2012 aus Anlass des 70. Jahrestags der gewaltsamen Vertreibung der slowenischsprachigen Bevölkerung aus Kärnten durch das Nazi-Regime die höchst informative und gut besuchte Ausstellung „Deportation der Slowenen und die Gewalt gegenüber anderen slawischen Völkern während des Zweiten Weltkrieges“ zu sehen. Die slowenischsprachige Kärntner Bevölkerung wurde schon in der Zeit der Donaunarchie und des aufkeimenden Deutschnationalismus im 19. Jahrhundert in ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung durch die deutschsprachige Bevölkerung behindert. In Kärnten war in der Folge der nationale Kampf besonders ausgeprägt, obwohl die Kärntner Slowenen bei der Abstimmung nach dem Ersten Weltkrieg mehrheitlich für den Verbleib bei Österreich votierten. An die Traditionen des Deutschnationalismus in Kärnten konnten die österreichischen Nationalsozialisten anknüpfen und ihre Führer schmiedeten schon vor 1938 Pläne zu ihrer Vertreibung. Sofort nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich am

12. März 1938 begannen die Nazis unter Beifall der Mehrheitsbevölkerung ihre offenen Repressionen gegen die Kärntner Slowenen und ihre Organisationen. Eine Steigerung der Verfolgung trat mit dem Überfall des Deutschen Reiches auf Jugoslawien am 6. April 1941 ein. Slowenien wurde zwischen Nazi-Deutschland, dem faschistischen Italien, dem faschistischen Kroatien und Ungarn aufgeteilt. Der von den Deutschen okkupierte größere Teil Sloweniens, nun „Untersteiermark, Oberkrain und Mießtal“ genannt, wurde dem Gauleiter Friedrich Rainer und Siegfried Uiberreither unterstellt. Aus diesen Gebieten deportierten die deutschen Besatzer zwischen 1941 und 1945 allein 63.000 Slowenen, die meisten zur Sklavenarbeit ins „Altreich“. Hitlers Auftrag zur „Umvolkung“ und Germanisierung lautete: „Macht mir dieses Land wieder deutsch!“ Am 14. April 1942 setzten die Nazis in Kärnten zum entscheidenden Schlag gegen die slowenische Volksgruppe an. 227 slowenische Familien (mehr als 1.000 Personen) wurden über Nacht in deutsche Arbeits- und Konzentrationslager deportiert. Ihnen folgten jene Familien, die den durch den Terror entstandenen Partisanenwiderstand unterstütz-

ten. 55 Personen wurden hingerichtet oder starben durch Folter, Hunger oder Entkräftung in den Lagern. Der Lageralltag war durch Zwangsarbeit aller über 15-Jährigen, Überwachung, Zensur, Verbot der slowenischen Sprache und drakonische Strafen bei kleinen Vergehen gekennzeichnet. Die Liegenschaften und Bauernhöfe der Vertriebenen wurden an Kanaltaler Optanten oder „Alte Kämpfer“ übergeben. Die Höfe der Familien, die den Partisanenkampf unterstützten, wurden geplündert und in Brand gesetzt. Trotz des verschärften Terrors konnten die Nazis den wachsenden Widerstand nicht brechen. Die totale Vernichtung der Slowenen als ethnische Kategorie verhinderten die alliierten Armeen, die Volksbefreiungsarmee Jugoslawiens und die Partisaneneinheiten, in deren Reihen auch Deserteure der deutschen Wehrmacht, Kärntner Slowenen und andere österreichische Widerstandskämpfer für die Befreiung Österreichs kämpften. Darüber wurde nach 1945 lange, zu lange in Kärnten geschwiegen, wurden unseren slowenischen Mitbürgern die Rechte gemäß § 7 des Staatsvertrags verweigert und erst 2012 wurde nach langem Widerstand, v. a. des Kärntner Heimatdienstes,

die letzte zweisprachige Ortstafel angebracht. Es wäre im Sinne der Vergangenheitsbewältigung und der Wahrheit und auch eine Geste der Versöhnung gewesen, wenn die Kärntner Landesregierung die höchst verdienstvolle Ausstellung ausgerichtet hätte. Sie wurde vom Verein slowenischer Deportierter und vom Museum für Zeitgeschichte Ljubljana zusammengestellt. Sie umfasste 39 Schautafeln. Der zweisprachige Text und die zahlreichen Fotos informierten über:

- die Deportation slowenischer Familien aus Kärnten
 - die Deportation von Slowenen und die Lager in Deutschland
 - das Leben in den deutschen Lagern und die Zwangsarbeit
 - das Leben slowenischer, von ihren Eltern getrennter Kinder in den deutschen Lagern
 - die Deportation von Verwandten von Partisanen
 - die verbrannten Dörfer und Höfe
 - den Terror gegen die Zivilbevölkerung in Polen, Russland, der Ukraine, in Ungarn, Serbien, der Slowakei und in Tschechien.
- Die Ausstellung ist so konzipiert, dass sie leicht zu transportieren ist, und kann einfach in jedem größeren Raum aufgebaut werden.

Alfred Koblbacher ■

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Annemarie Hopfgartner, Ali Koblbacher, Peter Larndorfer, Waltraude Licen, Johann Maier, Ernst Nedwed, Gerald Netzl, Alexander Neunherz, Manfred Scheuch, Andreas Schwantner, Dieter Strobel, Peter Traschkowitsch, Eva Zeman **Grafische Gestaltung:** Bernhard Kettner **Lektorat:** Lucia Marjanović, Roswitha Singer-Valentin **Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 28. 7. 2012 **Nächstes Heft:** September 2012

IMPRESSUM: Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Media Quarter Marx 3.2, Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien, Telefon: 524 70 86-0 **Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt, Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus **Zlnr.:** GZ 02Z033355M